

Schweizer Demokrat


Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 42. Jahrgang

AZB 3001 Bern / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 3 2007

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

Damit Sie nicht nur noch schwarz sehen



Markus Alder,
e. Gemeinderat
Dietikon,
SD-Regierungs-
ratskandidat,
Zürich

Ein Griff zur Tageszeitung, und Sorgen erregende Nachrichten überfluten uns. Die Alpengletscher schmelzen dahin, das Klima gerät ausser Rand und Band. In der Schweiz wird weiterhin jede Sekunde ein Quadratmeter fruchtbares Land überbaut und damit für immer zerstört. Die russischen Machthaber drehen am Öl- und Gashahn. Andere werden folgen – überfüllte, rohstoffarme Länder wie die Schweiz sind erpressbar. Im Kanton Zürich soll es in den nächsten 20 Jahren 17 Prozent mehr Verkehr geben – und der Regierung fällt nichts Gescheiteres

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

ein, als für 24 Milliarden Franken noch mehr Strassen zu bauen! Niemand fragt, warum es mehr Verkehr gibt, und ob man nicht dagegen etwas tun sollte, z.B. die Einwanderung stoppen. Bei so viel Unverständnis der politischen «Elite» muss man schon ein unverwundlicher Optimist sein, um nicht nur noch schwarz zu sehen.

Letzteres ist nicht nur im übertragenen Sinne zu verstehen. Mit dem Wachstums- und

Globalisierungswahn der Politiker geht auch ein rasanter Wandel der Bevölkerung einher. Wer sich z.B. auf Zürichs Strassen bewegt, sieht buchstäblich immer schwärzer. Vor allem bei der jungen Generation nehmen nicht assimilierbare Zuwanderer aus exotischen Ländern überhand. Sie bringen völlig fremde Kulturen mit, die mit der unsrigen nicht verträglich sind, und denken nicht daran, sich anzupassen. Sie könnten es wohl auch gar nicht. In den 80er-Jahren fielen die dunkelhäutigen Tamilen im Strassenbild noch auf. Heute werden die Aussereuropäer immer mehr das dominierende Bevölkerungselement. Die meisten Schweizer nehmen das hin, weil man ihnen tagtäglich eintrichert, sie dürften sich nicht wehren, sonst seien sie «Rassisten». Doch langsam, aber sicher setzt sich bei der Schweizer Jugend, die manchenorts schon in der Minderheit ist, die Einsicht durch, dass es legitim, ja nötig ist, sich gegen die Kolonisierung durch fremde Menschenmassen zu wehren. Hoffentlich kommt die entsprechende politische Wende noch rechtzeitig. Sonst gibt es schon bald zwar noch ein Land namens «Schweiz», aber kein Schweizervolk mehr...

Übertöpelte Schweizer

Politiker von links und rechts reden uns ein, wir bräuchten die Zuwanderung aus aller Welt, um unsere Sozialwerke zu sichern. Damit wurde das Volk schon 1970 übertölpelt, als über die Schwarzenbach-Initiative abgestimmt wurde. Seither zählt unser Land 2 Millionen Einwohner mehr, die alle auch alt (und vor allem auffällig oft schon nach kurzer Zeit invalid) werden, und der AHV und IV geht es so schlecht wie nie zuvor. Die Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen sichern einem Heer von «Sozialarbeitern» ein bequemes Auskommen und füllen die Kassen von Kreditinstituten, Bodenspeku-



In der Schweiz wird jede Sekunde ein Quadratmeter fruchtbares Land überbaut!

lant, Grossverteilern usw. Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer erhält dafür immer schlechtere Schulen, immer mehr importierte Gewaltkriminalität, immer mehr Verkehr. Gleichzeitig wird es immer enger in dem kleinen Land, das einmal unsere Heimat war, und wir dürfen dafür auch noch bezahlen, bezahlen, bezahlen...

Fremdkulturelle Kolonien

Weitherum besteht der vom Geldbürgertum geschürte Irrglaube,

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 SD-Politik mit klarem Profil
- 3 Hertenbrünnen ist überall
- 4 Putin ist ein Störfried
- 5 Leben und Umwelt
- 7 Andermatt könnte überall sein
- 9 Multikulturell = Multikriminell
- 10 Geschichte des Nahen Ostens

Damit Sie nicht nur noch schwarz sehen...

Fortsetzung von Seite 1

dass nur der «Asylmissbrauch» problematisch sei. Die anderen Ausländer würden ja arbeiten und seien für unser Land ein Gewinn, indem sie für «Wirtschaftswachstum» sorgten. In Tat und Wahrheit stammen von den mehr als 1,5 Millionen Ausländern in der Schweiz nicht einmal 10 Prozent aus dem Asylbereich. Der Fremdarbeiterimport und der Heiratstourismus fallen viel stärker ins Gewicht. Jeder Fremdarbeiter zieht seine ganze Sippschaft nach, mit dauerndem Aufenthaltsrecht und Zugang zu unserem Sozialsystem. Nicht nur Einheimische sehen sich in fernen Ländern nach jüngeren und «gefügigen» Ehepartnern um, für die nach dem baldigen Scheitern der Ehe unser Sozialstaat sorgen darf –

oft jahrzehntelang! Auch die niedergelassenen Ausländer holen immer öfters durch Heiraten gezielt Landsleute hierher. Selbst offensichtlich Scheinehen sind problemlos möglich, weil ja unsere Gesetze nicht mehr verlangen, dass Eheleute zusammenwohnen. So entstehen rasch wachsende fremdkulturelle Kolonien, die immer frechere Ansprüche stellen – nach Moscheen, islamischen Friedhöfen, «Extrawürsten» im Schulbereich, Ausländerstimmrecht usw. Die meisten dieser Einwanderer sind unterqualifiziert und werden von den Arbeitgebern bald auf die Strasse gestellt. Dann darf die Allgemeinheit sie bis an ihr seliges Ende durchfüttern.

Lohndruck

Auch die auf den ersten Blick «nützlich» scheinende Einwanderung von hoch qualifiziertem Personal, etwa von Informatikern aus

Indien oder Handwerkern aus dem «grossen Kanton», ist ernsthaft zu hinterfragen. Natürlich gibt es im Riesenstaat Indien ein grosses Reservoir an klugen Köpfen. Aber ist denn unser Schulsystem schon so heruntergekommen, dass wir nicht mehr in der Lage sind, unsere eigenen klugen Köpfe entsprechend auszubilden? Oder geht es ganz einfach den hiesigen Unternehmern darum, billigere Arbeitskräfte zu bekommen und uns Schweizern die Löhne zu drücken?

Wachstum über alles

Ein «Wirtschaftswachstum», das nur auf Einwanderung beruht, nützt nichts. Der zu verteilende Kuchen wird zwar grösser, aber die Zahl der Esser wächst mit. Und jede Einwanderung, auch diejenige von qualifizierten Arbeitskräften, selbst von relativ leicht integrierbaren aus Nachbarländern, verschlimmert die Übervölkerung der

Schweiz, mit allen negativen Auswirkungen wie Umweltbelastung, Landschaftsverwundung und Verkehrslawine. Ein paar Manager und Grossinvestoren, die sich sowieso schon ein viel zu grosses Kuchenstück abschneiden, profitieren von diesem «Wachstum». Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer hingegen bezahlt dafür bitter, nicht nur mit Geld, sondern vor allem auch mit einem Verlust an Wohlbefinden, mit einer Existenz als Fremde in einer zerstörten Heimat. Noch bleibt uns Zeit, aufzustehen und der modernen, von den Mächten des grossen Geldes angetriebenen Völkerwanderung Einhalt zu gebieten.

Zum Beispiel bei den Zürcher Kantonsratswahlen, **mit der Liste 8 der Schweizer Demokraten – national, umweltbewusst, sozial! Damit Sie nicht nur noch schwarz sehen.**

SD-Politik mit klarem Profil

Bericht aus dem Gemeinderat der Stadt Zürich

(csz.) Nach dem hart erarbeiteten – nur für unsere Gegner von «links» und «rechts» überraschenden – Wiedereinzug der Schweizer Demokraten ins Zürcher Stadtparlament haben die drei SD-Gemeinderäte sofort mit grossem Engagement begonnen, «Dampf zu machen». Die Zielsetzung war und ist klar: Bei jeder wichtigen Debatte im Sinne des bewährten SD-Programms klar Stellung beziehen und ein eigenständiges, kantiges Profil zeigen, d.h. unsere drei ideologischen Stützpfiler intensiv bearbeiten:

national – umweltbewusst – sozial

Nach den ersten dreissig Sitzungen haben sich unsere Gemeinderäte Ueli Brasser, Patrick Blöchlinger und Christian Wenger mit ihrer Arbeit Respekt verschafft. Bei mehr als fünfzig engagierten Voten und zehn Vorstössen ist klar, dass im vorliegenden Bericht nur das Wichtigste Erwähnung finden kann. Einen Schwerpunkt bildete natürlich die

Ausländerpolitik

Mit einer Motion verlangten die Schweizer Demokraten, dass alle Einbürgerungskandidaten zu einer Befragung vor dem Gemeinderat erscheinen müssen. Nur so könnten sich die Parlamentarier ein Bild davon machen, ob die Gesuchsteller assimiliert sind und



Ueli Brasser



Patrick Blöchlinger



Christian Wenger

Haben sich mit ihrer Arbeit Respekt verschafft.

aus ganzem Herzen Schweizer werden möchten – oder ob sie sich vom roten Pass nur persönliche Vorteile erhoffen. Erwartungsgemäss wurde der Vorstoss abgelehnt, dies mit der faulen Begründung, dass solche Befragungen gegen die Persönlichkeitsrechte (!) der Einzubürgernden verstossen würden. Abgelehnt wurde – auch von der angeblich patriotischen SVP – ein Beschlussantrag, mit dem die Schweizer Demokraten eine Behördeninitiative zur Einführung einer Infrastruktur- und Integrationssteuer auf der Beschäftigung von Neueinwanderern verlangten. Unternehmer können also weiterhin billige Arbeitskräfte aus dem Ausland holen, statt die einheimischen Arbeitslosen zu beschäftigen, und die Folgekosten auf die Allgemeinheit abwälzen ... Weitere, noch nicht behandelte Postulate betreffen eine verstärkte und gezielte Fahndung nach illegalen Aufenthaltstiteln, eine zeitliche

Beschränkung der Sozialhilfe für Ausländer und Einschränkungen bei der Verwendung landesfremder Sprachen seitens der Verwaltung und im öffentlichen Raum (Plakatwerbung). Mit einer (noch unbeantworteten) Interpellation verlangen die SD-Gemeinderäte u.a. Auskunft über die städtische Subventionierung eines alljährlich auf dem Helvetiaplatz stattfindenden Negerfestivals. Gegen die stadträtlichen Leitlinien zur «Integration» von Migranten protestierte Patrick Blöchlinger mit einer scharfen persönlichen Erklärung. Ein weiteres zentrales Thema der SD-Politik im Zürcher Stadtparlament war der

Natur- und Landschaftsschutz

Eine SD-Motion fordert die längst fällige Auszonung des grossen, bis heute intakten Landwirtschaftsgebiets «Tobelhof» auf dem Zürichberg von der Reserve- in die Freihalte- oder Landwirtschaftszone.

Der Stadtrat erklärte sich bereit, ein SD-Postulat zum Verbot von Laserscheinwerfern und zur Einschränkung anderer unnötiger nächtlicher Lichtabstrahlungen entgegenzunehmen. Der Vorstoss ist wegen eines Ablehnungsantrags aus FDP- und SVP-Kreisen vorläufig blockiert, wird aber voraussichtlich eine Mehrheit finden. Kein Erfolg war leider dem Widerstand der Schweizer Demokraten gegen den Verkauf einer halben Hektare Landwirtschaftsland in Affoltern an einen auswärtigen Immobilienhai beschieden. Die SP, welche sonst gerne vom Natur- und Umweltschutz redet, will davon jeweils nichts mehr wissen, wenn es darum geht, nicht noch mehr fruchtbaren Boden zu verbetonieren. Die Schweizer Demokraten unterstützten einen grünen Vorstoss, mit dem der (teilweise unbewilligten) Bautätigkeit und der übermässigen nächtlichen Beleuchtung beim Hotel «Uto Kulm» auf dem Gipfel des Uetlibergs sowie der Aushöhlung des Fahrverbots auf dem Berg ein Ende gesetzt werden soll. Hier entschied der Rat in unserem Sinne, doch die Kantonsregierung will nun einfach die Missstände legalisieren statt endlich Ordnung zu schaffen. Mit einer Interpellation wehren sich die SD-Gemeinderäte schliesslich gegen die Errichtung einer grossen «Freestyle-Anlage» auf der Allmend und weitere Bestrebungen,

Fortsetzung von Seite 2

diese grosse öffentliche Grünfläche nach und nach zu überbauen.

Grosser SD-Erfolg im sozialen Bereich

Bei der Beratung des neuen Personalrechts machten die SP und ihre Helfer auf dem Buckel des städtischen Personals einen faulen Kompromiss mit dem Freisinn. Sie verzichteten darin auf die Festschreibung des Teuerungsausgleichs und erhielten dafür ein «Kommissiönli» eingerichtet, mit dem vor allem Gewerkschaftssekretäre beschäftigt werden. Doch da machten sie die Rechnung ohne die Schweizer Demokraten. Als ein SD-Antrag für die Sicherung des Teuerungsausgleichs auf dem Tisch lag, blieb den linken Fraktionen nichts anderes

übrig, als zuzustimmen. So wurde der Antrag angenommen.

Schluss mit dem Fichen-Unwesen

Nachdem vor einigen Jahren der Fichenskandal aufgefliegen ist, haben die Mochtegern-Geheimdienstler in Bern offensichtlich schon wieder eifrig begonnen, oppositionelle Parteien und Politiker zu bespitzeln. Früher gingen sie vor allem auf «Linke» los, nun richten sich ihre fragwürdigen Aktivitäten gegen Patrioten. Es müssen schon wieder grosse Datensammlungen bestehen. Sonst wären die «Schlapphüte» nicht imstande gewesen, die angemeldeten Besucher der Bundesfeier auf dem Rütli im Voraus zu überprüfen, ob sie etwa sogenannte «Rechtsextremisten» seien. Mit der von unserer Seite u.a. gestellten Frage, wer

denn nach welchen Kriterien bestimmt, wer (und was überhaupt) ein «Links- oder Rechtsextremist» sein soll, tut sich das Polizeidepartement sichtlich schwer. Die Frist zur Beantwortung der Interpellation ist schon seit Längerem abgelaufen, und die Antwort steht (Stand: 25. Januar 2007) noch immer aus ... Überwiesen wurde ein Postulat von Ueli Brassler (SD) zur Einführung eines fakultativen Rätromanisch-Kurses für Oberstufenschüler.

Trübe Rolle der Medien

Während die Parlamentsmitglieder rasch erfassten, dass da eine neue, eigenständige Kraft im Ratssaal sitzt und etwas zu sagen hat, möchten die Medienvertreter dieser weiteren Öffentlichkeit wenn immer möglich verschweigen. Die

Vorstösse und Voten der Schweizer Demokraten werden in der Zeitung einfach nicht erwähnt. Eine geharnischte Intervention der SD-Gemeinderäte auf der «Tages-Anzeiger»-Redaktion schaffte bei diesem Blatt vorübergehend Abhilfe, doch inzwischen läuft es wieder wie zuvor. Wir lassen das natürlich nicht einfach geschehen, sondern informieren die Stimmbürger regelmässig mit Flugblättern und Inseraten.

Eine neue Attacke gibt es auch von FDP-Seite. Man will die Redemöglichkeiten der kleinen Parteien im Rat stark einschränken. Das nennen diese Leute offenbar Demokratie!

Nützen wird ihnen auch das nichts – wir arbeiten weiter, im Gemeinderat und nach dem 15. April auch im Kantonsrat!

«Hertenbrünnen» ist überall!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

In diesen Tagen stimmen die Bürger von Köniz über die Abgabe von 1,4 ha (= 14 000 m²) Land zur Überbauung ab. Nach dem Willen des Siegers des Projektwettbewerbs – der Firma Frutiger AG – sollen darauf rund 90 Wohnungen erstellt werden.

Mit 37 von 40 möglichen Stimmen ohne Gegenstimme hat das Gemeindeparlament dem Baurechtsvertrag zugestimmt.

Es sollen damit jährlich 413 000 Franken in die Gemeindekasse gespült werden, was allerdings nur ungefähr 1 Prozent des Gemeindebudgets entspricht.

Das Projekt wird vom Gemeinderat über den grünen Klee gerühmt:

«Die Wohnüberbauung kommt in ein hervorragend erschlossenes und mit Gütern des täglichen Bedarfs gut versorgtes Gebiet zu liegen. Strassen, Anschluss an öffentlichen Verkehr, Schulen, Wasser und Abwasser sowie Einkaufsmöglichkeiten sind vorhanden.»

Aus planungstechnischer Sicht ist die Wohnüberbauung ebenfalls willkommen: sie schliesst die letzte grössere Baulücke in Schliern, schont wertvolles Kulturland im ländlichen Teil der Gemeinde und bringt auch Familien

einen attraktiven neuen Wohnort.»

Gegen eine allfällige Ablehnung wird wie folgt Stimmung gemacht: **«Eine Ablehnung der Vorlage würde das Wohnbauprojekt gefährden. Bereits getätigte Investitionen in der Höhe von mehreren Hunderttausend Franken müssten abgeschrieben werden. Die Sanierung der Gemeindefinanzen würde einen Rückschlag erleiden.»**

Eine Ablehnung würde die Gemeinde im regionalen Standortwettbewerb zurückwerfen. Dies wäre ein negatives wirtschafts- und finanzpolitisches Zeichen.»

Folgende Hinweise mögen aufzeigen, dass auch andere Fragen zu stellen sind:

1. Der untere Teil der Gemeinde Köniz (Könizstrasse, Schwarzenburgstrasse, Zentrum) ist durch den Verkehr massiv überlastet. Jeder zusätzliche Verkehr, der durch weitere Überbauungen im Raume Schliern zwangsläufig entsteht, verschlimmert die Situation.
2. Zum akustischen Schutz der bestehenden Wohnbauten entlang der Muhlernstrasse wurden soeben umfangreiche Lärmschutzmassnahmen realisiert. Durch erneute massive Steigerung des Verkehrsaufkommens wird der erzielte Erfolg teilweise wieder zunichte gemacht.
3. In diesen Jahren sollen in der unteren Gemeinde rund 2000 neue Wohnungen entstehen. Ein wirklicher Bedarf an Woh-



Die verfehlte Wachstums- und Zuwanderungspolitik führte zu einer regen Bautätigkeit und somit zum Verlust von Kulturlandreserven – und Lebensqualität.

nungen ist aber nicht auszumachen. Die Belegungsdichte der Wohnungen nimmt immer weiter ab und die Bevölkerung wächst fast nur über gewollte Zuwanderung aus aller Herren Länder. Schon heute wähnt man sich in Köniz in «Klein New York» zu sein. Ein Zustand, der einem harmonischen Zusammenleben nicht eben förderlich ist.

4. Es ist nicht untersucht worden, welche Kosten für die Gemeinde aus der Bautätigkeit (Infrastruktur!) entstehen.
5. Was sind die Folgen für die Lebensqualität, wenn immer weitere Gebiete der Gemeinde von der Kulturlandschaft zur Zivilisationswüste werden! Eine geschlossene Überbauung (= Schliessung vorhandener Baulücken) ist keineswegs ein Fortschritt!
6. Es braucht schon viel Naivität, wenn man glauben soll, dass durch eine Schliessung der

letzten Baulücken im Siedlungsgebiet das Kulturland geschont werden soll. Vielmehr wissen wir aus der Erfahrung, dass sofort Kulturland in Bauland umgezont wird, wenn angeblich eine Wohnungsnot respektive Arbeitslosigkeit droht, wenn aus Zonenschutz-Gründen nicht weiter expandiert werden kann.

Allgemein gültige Gretchenfragen!

- Was ist das Ziel der unbegrenzten Wachstumspolitik?
- Können wir uns den andauernden Verlust an Grünland wirklich leisten?
- Wer hat ein Interesse an einer weiteren Bevölkerungszunahme in unserem überbevölkerten Land?

Schluss mit der Heuchelei!

Jede zusätzliche Wohnung ist eine weitere Verbrauchsstelle für Energie. Was soll also das Gejammer über einen voraussichtlichen Elektrizitätsengpass? Ist es nicht eine gewollte Entwicklung, damit doch wieder Atomkraftwerke gebaut werden können? Trotz der erkannten Gefahren dieser Technik und der Unmöglichkeit, das Problem des hochradioaktiven Abfalls zu lösen.

Die angebliche Sorge wegen der Klimaveränderung als Folge der menschlichen Tätigkeiten tönt falsch, solange immer weitere Menschen in die verschwenderischen Hochzivilisationen, also auch der Schweiz, hineingeführt werden.

Ein grundsätzliches Umdenken tut not!

Putin ist ein Störefried!

Da hat dieser Mann doch die Kühnheit, der **einzig verbliebenen Weltmacht** den Spiegel vorzuhalten. Sie daran zu erinnern, dass sie alle ihre Versprechungen und Beteuerungen seit 1990 durch ihr tatsächliches Verhalten Lügen gestraft hat.

Und dann verweist er sogar auf die «ungezügelter Militäranwendung» (sprich: offene Kriege und verdeckte Gewaltanwendung durch die Geheimdienste) zur Durchsetzung der globalisierten Wirtschaftsdominanz.

Wenn die in München anwesenden amerikanischen Parlamentarier die Angriffe von Putin – die USA strebe die Vorherrschaft in der Welt an – scharf zurückwies, so hatten diese wohl recht.

Denn das war eine absolut unzulässige Untertreibung von Putin. Schliesslich hat das Dollar-Imperium diese Vorherrschaft längst erobert und sichert sie seit Jahrzehnten skrupellos ab.

Wenn der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer wörtlich die Frage stellte: «Wie kann man sich denn Sorgen machen, wenn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit näher an die Grenzen rücken» und damit die Ausdehnung der NATO mit den amerikanischen Militärstützpunkten bis an die Grenzen Russlands meinte, so ist der Herr Generalsekretär entweder naiv oder ein bewusster Lügner. Bekanntlich hat sich die NATO unter Führung der USA von einem Verteidigungsbündnis zu einem Angriffsbündnis gewandelt, das zur Zeit die amerikanischen Interessen vom Balkan über den Irak bis nach Afghanistan mit militärischen Mitteln durchsetzt. Wie sehr dabei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit



Vladimir Putin greift die US-Aussenpolitik frontal an.

respektiert werden, zeigt sich daran, dass brutal das Recht des Stärkeren durchgesetzt wird. So nach dem Wort:

Wer die Macht hat, hat das Recht!

A propos «Demokratie und Rechtsstaatlichkeit»: Wenn damit das heutige System der USA gemeint ist, so ist darauf hinzuweisen, dass das angeblich freieste Land der Welt mehr Menschen im Gefängnis und Zuchthaus hat, als jedes andere Land der Welt.

Nach einer Regierungsstatistik waren Ende 2003 rund 2,1 Millionen Menschen eingesperrt. Damit hält die USA einen traurigen Rekord.

In der Vereinigten Staaten sind 714 Personen auf 100 000 Einwohner im Gefängnis.

Russland, das an zweiter Stelle liegt, hat 548 Personen auf 100 000 Einwohner im Gefängnis, was nicht gerade ein Ruhmesblatt für Herrn Putin darstellt.

Bei den übrigen Industriestaaten sieht es wie folgt aus: Grossbritannien 141 Gefangene auf 100 000

Einwohner, Kanada 116, Australien 114, Frankreich 95, Japan 58.

Wie gut im Übrigen die Demokratie in den USA spielt und wie sehr sie geachtet wird, beweisen die Unterdrückung von Oppositionellen im eigenen Land und die brutalen Eingriffe in andere Länder, deren Regierungen zwar demokratisch gewählt wurden, aber nicht bedingungslos die amerikanischen Wirtschaftsinteressen zu schützen bereit waren. Regierungen wurden gestürzt, Führungspersonlichkeiten umgebracht und Millionen von Menschen via willkürlich vom Zaun gerissenen Kriegen und Aufständen ins Elend gestürzt.

Der neue amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates soll auf die Anklagen des russischen Verteidigungsministers Sergei Iwanow warnend gesagt haben:

«Ein Kalter Krieg ist genug. Niemand will einen Kalten Krieg. Das ist absolut unnötig!»

Das ist eine glaubwürdige Drohung des Amerikaners, auf eine aufmüpfige Haltung Russlands mit einem weiteren «Heissen Krieg» zu antworten. Damit kann als nächster Brennpunkt der Weltgeschichte nur Iran gemeint sein. Der vorbereitende Propagandakrieg läuft seit mindestens zwei Jahren; die US-Flotte ist im persischen Golf präsent und die israelischen Verbündeten üben zur Zeit im Sinai Angriffsoperationen. Ihre Drohungen, mit amerikanisch-israelischen Raketen (mit abgereichertem Uran!) die iranischen Industrie-Anlagen zu zerstören, tönen nach den Erfahrungen Serbiens im Jahre 1999 durchaus glaubwürdig.

Und trotzdem – die USA werden in weiten Teilen der Weltbevölkerung nach wie vor bewundert, ja geliebt. Es ist allerdings nicht verwunderlich – steht doch dahinter eine seit Jahrzehnten andauernde – vor Lügen nie zurückschreckende Propaganda. Und dieses Mittel wissen die Amerikaner auf allen Gebieten mit grossem Erfolg einzusetzen. Zu diesem Thema drei Zitate als Abschluss der kleinen Betrachtung aus dem Buch von William Blum: «Schurkenstaat»:

– **Als US-Bomben im Frühjahr 1999 auf Serbien fielen, brachten viele Serben ihren Schock und ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass Amerika – das geliebte, bewunderte Amerika – so etwas tun konnte.**

– **In Russland waren viele Leute gegen die Bombardierung und sehr schockiert darüber, dass die Vereinigten Staaten dafür die Hauptverantwortlichen waren. Die US-Medien informierten uns wiederholt, dass dort der Grad der anti-amerikanischen Stimmung in dieser Zeit der höchste in der Geschichte war. Es war, als hätten die Russen zum ersten Mal entdeckt, dass die USA auch eine brutale Seite haben können. Eine derartige Ahnungslosigkeit – das muss gesagt werden, ist praktisch schon eine Form von Wahnsinn.**



Jeder Krieg, in den die USA verwickelt sind, stärkt die Position des amerikanischen Präsidenten und macht ihn im Wahlkampf fast unangreifbar.

– **Was die meisten Amerikaner davon abhalten könnte, schockiert zu sein über die explodierende Gefängnisgesellschaft, die Polizeigewalt, das Zerreißen der Verfassung und über vieles, was (im Buch von William Blum) beschrieben wurde, ist, dass sie die Konsequenzen noch nicht zu spüren bekommen haben, weder persönlich noch durch jemanden in ihrer unmittelbaren Umgebung. Amerikas ausländische Fans bleiben inzwischen glücklich ignorant gegenüber dieser Entwicklung ihres Idols und bedürfen eines Wirklichkeitstransplantates.**

Und zum Schluss ein Zitat von Johann Wolfgang von Goethe: «Niemand ist hoffnungsloser versklavt als die, die fälschlicherweise denken, sie seien frei!»



Amerikas Hegemonialanspruch ist ungebrochen. Werden sich die europäischen Staaten in Zukunft dagegen zur Wehr setzen?



Pillenknick und die Folgen

Die Bevölkerungsstruktur der Schweiz hat sich seit den 1990er-Jahren durch Alterung, Individualisierung und Migrationen stark verändert. Dadurch sind neue soziale Herausforderungen entstanden. Die Zahl der jungen Erwachsenen ging deutlich zurück, während die Hochbetagten und älteren Erwachsenen besonders stark zunahm. Gleichzeitig wuchs der Anteil der Ledigen und der Geschiedenen in der Bevölkerung. Zwischen Ausländern und Schweizern wurden die Unterschiede im Heiratsverhalten, in den Partnerschaftsformen und in der Altersstruktur grösser. Dies zeigt eine Analyse der Ergebnisse der Volkszählung 2000 durch das Bundesamt für Statistik (BFS).

Weniger Junge

In den 1990er-Jahren war das Bevölkerungswachstum der Schweiz (zwischen 1990 und 2000: 6,0%) sehr ungleich verteilt. Weitaus am stärksten zugenommen haben die Hochbetagten über 80-jährigen (+17,4%) und die älteren Erwachsenen zwischen 45 und 64 Jahren (+14,8%). Die Zahl der über 100-jährigen hat sich auf 787 Personen (85,9% davon Frauen) mehr als verdoppelt. 1970 waren in der Volkszählung erst 61 Personen über 100 Jahre gezählt worden. Zwei Altersgruppen nahmen zwischen 1990 und 2000 ab: die Kinder unter 6 Jahren (-1,1%) und vor-

allem die jungen Erwachsenen zwischen 18 und 29 (-17,6%). Bei den Kindern unter 6 Jahren ist der Rückgang ausschliesslich auf die sinkende Kinderzahl der Schweizerinnen und Schweizer zurückzuführen. Die Zahl der ausländischen Kinder zwischen 0 und 5 Jahren nahm stark zu (+36,0%).

Mehr Ledige und Geschiedene

Durch das Hinausschieben der Heirat und die Veränderung der Partnerschaftsformen bleiben mehr Personen ledig. Im Alter von 30 Jahren sind 46,1% der Bevölkerung noch unverheiratet (1970: 18,0%, 1990: 33,5%). In den 1990er-Jahren hat auch die Scheidungsbereitschaft zugenommen, während gleichzeitig das Scheidungsrecht liberalisiert wurde. Die Zahl der Geschiedenen stieg im Vergleich zu 1990 um 38,0%. Im Alter zwischen 48 und 58 sind 12,3% der Bevölkerung geschieden (1970: 3,8%, 1990: 8,7%). Im Alter zwischen 45 und 60 sind 75,3% der Bevölkerung verheiratet.

Bei den ausländischen Staatsangehörigen finden sich wesentlich traditionellere Familien- und Partnerschaftsformen als bei den Schweizerinnen und Schweizern. 75,4% der ausländischen Frauen und 58,6% der Männer sind im Alter 30 verheiratet, aber nur 52,3% der Schweizer Frauen und 35,4% der Schweizer Männer. Gleichzei-

tig ist auch die Scheidungshäufigkeit im ausländischen Bevölkerungsteil wesentlich tiefer.

Hoher Ausländeranteil bei Kindern

Hinter dem durchschnittlichen Ausländeranteil von 20,5% verbergen sich sehr unterschiedliche Verhältnisse. Besonders hoch ist der Ausländeranteil bei den Kleinkindern und den Kindern im schulpflichtigen Alter. 25,8% der 0-5-jährigen Kinder haben heute keine schweizerische Staatsangehörigkeit (1990: 18,7%), in den städti-

schen Gebieten sind es 31,0% (16,0% in den ländlichen Gebieten).

Sehr stark angestiegen ist der Ausländeranteil seit 1990 bei den Frauen zwischen 20 und 45 Jahren, während er bei den Männern dieser Altersgruppe nahezu konstant blieb.

29,7% der Frauen in dem für Beruf und Familie zentralen Alter zwischen 24 und 32 sind heute Ausländerinnen (1990: 19,9%)

Bundesamt für Statistik /
Ja zum Leben

Ausverkauf der Schweiz!



Die Russen kaufen und spielen mit renomierten Schweizer Firmen. Der Kalte Krieg erlebt eine Renaissance! Die Deutschen kommen! Nicht nur als Touristen, sondern neuerdings auch in Scharen zum Arbeiten und verdrängen träge Schweizer aus dem Arbeitsmarkt. Die internationalen Stars shoppen – dank Pauschalbesteuerung – in den teuersten Läden und reissen sich die besten Immobilien unter den Nagel!

Auf den ersten Blick mag man den obigen Schlagzeilen kaum etwas Gutes abzugewinnen. Auch uns fällt es schwer, dem exzessiven Ausverkauf der Schweiz zu applaudieren. Vielleicht sind wir zu wenig globalisiert oder gar rückständig. Doch dafür gibt es in der heutigen internationalisierten Welt keinen Platz mehr und so müssen auch wir diese Tatsachen objektiv beurteilen.

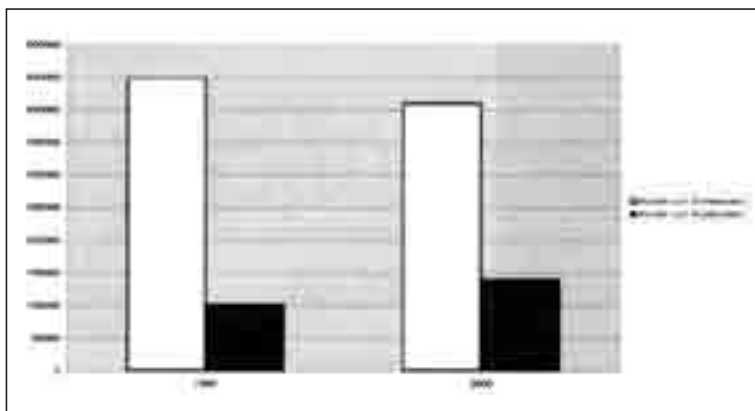
Made in Switzerland: Neu auch aus Sibirien! Der Kalte Krieg ist auf politischer und militärischer Ebene vorbei. Doch in der Wirtschaft ist – seit sich milliarden schwere russische Investoren eine westeuropäische Industriepelle nach der anderen unter den Nagel reissen – ein neuer Kalter Krieg entbrannt. Auch die politisch neutrale Schweiz steht diesmal mitten drin. Spätestens seit bekannt wurde, dass russische Geschäftsleute namhafte Beteiligungen von Oerlikon, Züblin oder Saurer erworben haben, weiss es das ganze Land. Allerdings ist dies nur die Spitze des Eisberges und der Beginn einer grossangelegten, russischen Jagd nach Schweizer Firmen. Denn das

hiesige Know-how kann für die Reanimation stillgelegter Industriebetriebe in Russland genutzt werden. Vor allem aber kann sich jedes russische Unternehmen, das in der Schweiz eine Firma übernimmt, mit dem Label

«Made in Switzerland» schmücken. Ob dies dem Image von «Made in Switzerland» förderlich sein wird, bezweifeln wir. Zudem werden nicht hochqualifizierte Arbeiten aus den gekauften Firmen früher oder später nach Sibirien abgezogen. Ob der kurzfristig erzielte Kursgewinn bei den von den Russen übernommenen Firmen für die Schweiz langfristig ein Segen oder ein Fluch ist, wird sich weisen. Vielleicht sind die russischen Investoren tatsächlich besser als der ihnen vorausseilende Ruf. Es liegt nun an ihnen zu zeigen, dass die in der Schweizer Bevölkerung verbreiteten Bedenken ungerechtfertigt sind.

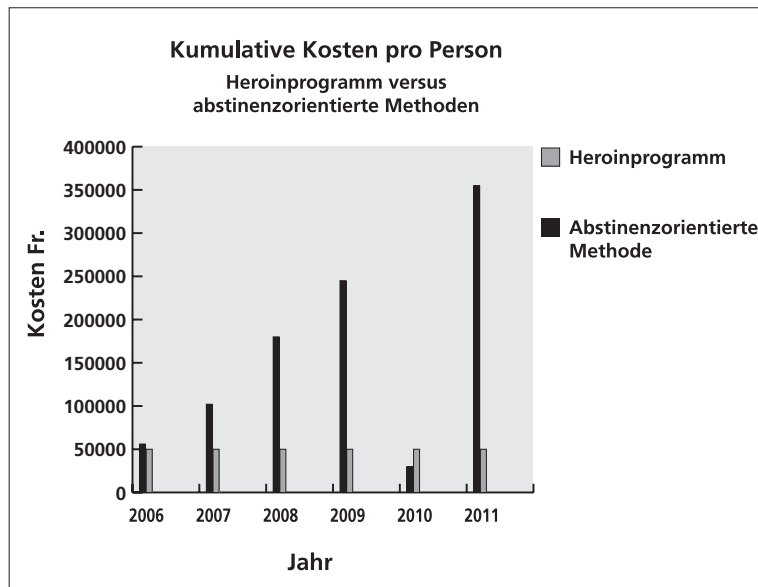
Die Deutschen kommen! Wer nach tieferen Preisen schreit, provoziert gleichzeitig auch tiefere Löhne. Daran, dass Schweizer in gewissen Branchen infolge tiefer Löhne keinen Finger mehr krumm machen, erfreuen sich immer mehr deutsche Arbeitskräfte. Diese sind ihrerseits in Deutschland von noch günstigeren Ausländern aus dem Arbeitsmarkt verdrängt worden. Auf der Strecke bleiben schlecht ausgebildete und träge Schweizer Arbeitskräfte. Wer aber eine offene und internationale Schweiz will, muss diesen Trend akzeptieren. Auf jeden Fall kann man im Restaurant wieder auf deutsch bestellen. Die Swissair wurde ja auch von Schweizer Topmanagern in den Ruin getrieben und wird jetzt von Deutschen wieder fit getrimmt. Dafür müssten wir den Deutschen wirklich mehr Dankbarkeit entgegenbringen!

The Adviser 02/2007



Unterschiedliche Kinderzahlen (0-6 Jahre) bei Schweizerinnen und Ausländerinnen. Während die Zahl bei den Schweizerinnen im Zehnjahresvergleich abnahm (-8,5%), nahm sie bei den Ausländerinnen zu (+36%)

Heroinabgabe – wirklich notwendig?



Das neue Betäubungsmittelgesetz sieht die erweiterte und gesetzlich verankerte Abgabe von Heroin an Süchtige vor. Das von offiziellen Stellen als Erfolg bezeichnete Versuchsprogramm mit Heroinabgabe entspricht bei etwas genauerem Hinsehen keineswegs den Tatsachen, denn **die Anzahl Personen, die nach diesem Programm drogenfrei leben, ist sehr gering.**

Die insbesondere von psychiatrischen Kreisen propagierte Abgabe scheint einfach keine Lösung zu sein. Heroinabgabe ins Auge zu fassen, ohne dass es wirklich auf ein drogenfreies Leben hinausläuft, ist die falsche Richtung. Jährlich wiederkehrende Kosten auf unbestimmte Zeit mit sehr geringer Chance auf Rehabilitation und drogenfreie Zukunft, die Person ist eine ständige Belastung für die Gesellschaft.

Die Kosten pro Person sehen wie folgt aus: Betreuung und die Eta-

blierung der Abgabe durch Fachpersonal: Durchschnitt Fr. 25 000.– bis Fr. 30 000.– pro Jahr und Person. Heroinkosten pro Person ca. Fr. 2450.–/Jahr. Nichteingerechnet sind Zusatzkosten für weitere Therapien, medizinische Betreuung usw., welche durch Krankenkasse und IV bezahlt werden. Da zirka 75 Prozent der Personen auf dem Heroinprogramm keiner Arbeit nachgehen können, kommen bei den meisten mindestens noch ca. Fr. 30 000.– Überlebenskosten dazu. Durchschnittlich sind die Süchtigen 6 Jahre im Programm und jedes Jahr wird es länger. Die Kosten für abstinenzorientierte Methoden belaufen sich hingegen auf Fr. 30 000.– bis Fr. 90 000.– und sind innerhalb von einem Jahr abgeschlossen. Danach fallen keine weiteren Kosten an. Sicher sind nicht alle danach drogenfrei, aber 30 bis 50 % auf jeden Fall.

Heidi Altdorfer, Stallikon

Leserbriefe aus Natur + Mensch

Der Irrtum der Umweltschützer

Wenn in einer gemischten Gruppe über die Umweltbelastung diskutiert wird und darüber was zu tun sei, dann kommt aus einer grünen Ecke mit Sicherheit die Forderung: Wir müssen halt mehr sparen. Weniger Auto fahren, weniger heizen, Energiesparlampen einsetzen usw. – So hat der WWF im Frühling 2004 als Ziel erklärt, «der Ressourcenverbrauch soll bei gleich bleibender Lebensqualität

halbiert werden.» Nun, nichts gegen das Sparen – aber es führt nicht zum Ziel. Mit Sparen allein lässt sich das Problem nicht lösen! Die exponentielle Entwicklung muss gebrochen werden.

Auch die ständige Bevölkerungszunahme in der Schweiz von gegen 50 000 Personen pro Jahr bedeutet einen Mehrbedarf pro Jahr: 2,2 Mio. m² Wohnfläche, 20 km² Verkehrsfläche, 2 Milliarden kWh Energie, 25 000 Autos, und so weiter. Jede Sekunde wird 1 m² Boden überbaut. Wir haben mehr Land

zugeflastert als alle Generationen vor uns.

Dass so Massnahmen zum Umweltschutz behindert oder gar völlig zunichte gemacht werden, ist klar. Der Faktor «Bevölkerungszunahme» wird leider heute noch zu wenig in Rechnung gesetzt, daher sind viele Berechnungen für die Zukunft utopisch.

Ernst Wolfer, Wädenswil

Merkwürdiges Phänomen

Beim sorgfältigen Lesen der Beiträge bin ich auf ein merkwürdiges Phänomen gestossen, das ich nachstehend beschreiben möchte. Die zunehmende, unhaltbare Umweltbelastung im Gebiet der Schweiz und das Unterlaufen der Raumplanungsgesetzgebung steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem ungebremsen Bevölkerungswachstum in der Schweiz. In der ganzen Publikation von Natur + Mensch 3-2006 werden von den verschiedenen Autoren die Augen geschlossen gegenüber bevölkerungspolitischen Zielsetzungen und Strategien. (...) Erhebungen haben ergeben, dass in der Schweiz jede Sekunde ein Quadratmeter Kulturland überbaut wird und dass wir in der Schweiz seit 1950 mehr Land verbaut haben, als alle Generationen vor uns. Die Einwohnerzahl nimmt jährlich um 50 000 zu, wobei ein Fünftel aus dem Geburtenüberschuss stammt und vier Fünftel aus dem Wanderungsüberschuss.

Offener Brief an die «Arena»

Einfache Bauern fehlten!

Sehr geehrter Herr Leuthard

Vielen Dank für die «Arena» vom 26. Januar «Landwirtschaft: Markt oder Staat?» Leider hat mich der Abend gar nicht befriedigt und ich frage mich, warum nicht echt Betroffene eingeladen wurden: Einfache Bauern, Bergbauern, Familienbetriebe und Bauern aus der EU. Weiter habe ich die Bauernopposition vermisst, genannt «Bauernkoordination». Europaweit wird seit Monaten ein Milchstreik vorbereitet und abgesprochen. Im Thurgau vertreten wir von der SD viele der geplagten Landwirte.

Sodann wurde über Strukturänderung doziert. Das Beispiel Spinnereien wurde genannt. Heute haben wir gar keine «Strukturen» mehr, denn praktisch alle Spinnereien sind geschlossen. Zuerst wurden sie in der Türkei aufgebaut, dann in Indien und nun ist China die

Unter Berücksichtigung der wichtigen Beiträge der Organisation «Vereinigung Umwelt und Bevölkerung ECOPOP» zur Erkenntnis der ökologischen Probleme in der Schweiz und deren Zusammenhänge mit dem Bevölkerungswachstum ist es bedauerlich, dass dieser Organisation keine Gelegenheit gegeben worden ist, sich in der Publikation 3-2006 zu Wort zu melden.

Bernhard Getzer, Basel

Ursache aller Missstände

Natur + Mensch widmet ein ganzes Heft den Unzulänglichkeiten der Raumplanung und ihren Folgen. Die Hauptursache der desolaten Situation ist mit keinem Wort erwähnt. Es ist das tausendfach herbeigebettete Wachstum. Alle Städte und Gemeinden wollen wachsen. Das erzeugt Überbauungen, Verkehr und eine Unmenge spezifischer Umweltbelastungen. Jedes Jahr mehr. 2 Prozent Wachstum ergibt eine Verdoppelung in 35 Jahren. So lange das die von allen öffentlichen Institutionen erwünschte und erstrebte und von niemandem verurteilte Entwicklung ist, bleibt die Raumplanung Flickwerk. Ihre Paragraphen sind Dämme, die bei so massivem Druck bersten werden. Die Natur wird wörtlich und bildlich überrollt. Wann erkennen die Natur- und Umweltschutzorganisationen die grösste aller Bedrohungen?

Hans Minder, Neuhausen

Spinnereination. Wenn «Fabrikherren» in der Arena von Strukturereinigungen reden, kann doch niemals mit Spinnereien verglichen werden. Strukturereinigung in der Landwirtschaft heisst, die Pflege der Natur muss weitergehen, man kann nicht einfach «Tore schliessen» wie in den Spinnereien. Man kann auch nicht immer grösser werden, denn die Kraft eines Landwirtes – gerade in den Berg- und Hügellagen, ist limitiert! Zudem sind hier die Lebens- und Produktionskosten hoch, weil die Topographie nicht gleich ist wie in Holland. Dazu kommen ganz andere Auflagen für Tier-, Natur- und Umweltschutz und genau das hat seinen Preis. In der EU serben immer mehr Betriebe, Landwirte sind ausgepumpt, haben Herzinfarkte und Kollapse. Warum wohl? Noch vor 25 Jahren

Fortsetzung Seite 7

Andermatt könnte überall sein



Kurt Koller,
SD-Vize
präsident,
Lichtensteig

Bekanntlich will der ägyptische Milliardär Samih Sawiri in Andermatt ein Grossprojekt erstellen. Die Wirtschaftsparteien, die SVP und ihr Bundesrat hören bereits das grosse Geld in der Kasse klingeln. Bundesrat Blocher erteilte deshalb eine Ausnahmebewilligung und eine Umgehung der «Lex Koller» auf dem Urner Boden. Der Ausverkauf der Heimat und die Verbetonierung des Bodens in Andermatt werden damit begründet, dass «wirtschaftliche und staatspolitische Interessen» überwiegen. Der Ägypter kann somit seine Ferienwohnungen in Andermatt ohne Bewilligung an Ausländer verkaufen; bisheriges Gesetz hin oder her.

Was einer darf, müssen alle dürfen

Mit der Aushöhlung der gesetzlichen Bestimmungen ruft man nun

auch andere Touristenorte auf den Plan. So fordern auch diese Freiheit für das Bauen ausserhalb der Bauzone und den Verkauf an Ausländer. Sie berufen sich nun zu Recht auf den Fall Andermatt: Was diese dürfen, müssen alle dürfen. Umweltschutzgesetze oder Quoten für den Zweitwohnungsbau werden bald zur Makulatur.

Mit den Schweizer Demokraten ist zu rechnen

Der Bundesrat verkündete am 23. November 2006, dass das Gesetz über den Ausverkauf der Heimat «Lex Koller» gekippt werden soll. Inzwischen haben die Schweizer Demokraten jedoch angekündigt, dass sie auf jeden Fall das Referendum ergreifen werden. Was die SD 1995 schaffte, nämlich die Unterstützung des Stimmbürgers für die Erhaltung dieses Gesetzes, wird sie wiederum schaffen.

Bundesrat hat inzwischen kalte Füsse

Mit der vorsorglichen Ankündigung der Schweizer Demokraten, das Referendum zu ergreifen, hat nun der Bundesrat kalte Füsse bekommen. Mit nur noch vier zu drei Stimmen will der Bundesrat an der Aufhebung der «Lex Koller»



festhalten. Gerade der SVP eilt nun plötzlich dieses Geschäft nicht mehr. Schon beim Referendum gegen die Ost-Milliarde musste die SVP auf den Zug der Schweizer Demokraten aufspringen. 2007 ist Wahljahr, und da möchte man den Schweizer Demokraten keine Plattform bieten. Es ist ja kein Geheimnis, dass auch eine SVP dem Grundstückserwerb durch Ausländer zustimmen wird. Wenn die Kasse klingelt, auch die SVP von der Scholle springt. Nur stellt sich bei der SVP die Frage: Wie sage ich es dem Wähler?

Wallis bremst Verkäufe von Ferienchalets an Ausländer

Der Kanton Wallis will selbst den Verkauf von Zweitwohnungen an

Personen im Ausland eindämmen. Die Walliser Regierung machte Vorschläge zu der überbordenden Entwicklung auf dem Immobilienmarkt. So denkt man an Ausscheidung von Bauzonen, wo der Zweitwohnungsbau untersagt ist. Offensichtlich hat der Kanton Wallis genügend Erfahrungen über «Geisterorte» gemacht, wo zahlreiche Liegenschaften nie bewohnt sind. Befristet schlägt nun die Kantonsregierung den Gemeinden vor, den Ausverkauf der Heimat an Ausländer zu stoppen.

Die Schweizer Demokraten sind vorbereitet

Offensichtlich haben die Vorbereitungen der Schweizer Demokraten auf dem politischen Parkett bereits Wirkung gezeigt. In der Tat war unsere Partei bereits mit Flugblättern in Andermatt präsent. Mit dem Referendum stehen die Schweizer Demokraten ebenfalls in den Startlöchern. Selbst das Plakat mit dem gefräßigen Krokodil wird wieder zum Einsatz kommen.

Wir zählen auf die Unterstützung aller heimatverbundenen Bürgerinnen und Bürger, um den weiteren Ausverkauf unserer Heimat zu verhindern.

Offener Brief an die «Arena»

Fortsetzung von Seite 6

reichten 25 Grossvieheinheiten, um eine EU-Familie zu ernähren, dann waren 40 nötig. Heute braucht es bereits 60 und mehr Tiere. Bauer sein heisst Tag und Nacht bereit sein, im Stall und auf allen Ebenen. Er kommt regelrecht in den Stress und hat kaum mehr Zeit für sich und seine Familie. Ablösungen kommen selten in Frage; sie sind zu teuer! Er darf aber auch nicht krank sein oder in die Ferien wollen. Das, Herr Leuthard, ist der hochgejubelte Fortschritt, den Sie und andere mit der Öffnung predigen! Darum hätten wir sehr wohl über den Unsinn der Öffner («Markt») reden müssen – was Sie ja in jedem Fall und ganz bewusst verhindert haben.

Grundsätzlich sollte die Arena den Menschen klarmachen, dass Märkte nur dann geöffnet werden dürfen, wenn die Löhne etwa gleiches Niveau haben, die sozialen Beiträge und Steuern etwa gleich hoch sind und die Auflagen für Tier-, Umwelt- und Gewässerschutz etwa gleich rigoros sind! Andernfalls profitieren von der Öffner nur

Banditen! Sie lassen billigst und völlig verantwortungslos in armen Ländern bei miserablen Löhnen und null Sozialkosten auf «Teufel komm raus» produzieren, schiffen die Teile x-mal um die Welt (arme Umwelt) und drängen hier mit der Ware auf den Markt. Sie offerieren uns aber oft nur wenig unterhalb den Gestehungskosten unserer Betriebe, um die grosse Spanne einzusacken. Gleichzeitig krepieren so die hier fair arbeitenden Betriebe, Arbeitsplätze gehen zugrunde und wir haben den hochgejubelten «Markt» – das Ziel von Bundesrätin Leuthard!

Sie sehen, Ihnen schreibt ein Mann, der die Welt bereist hat und weiss, wovon er spricht. Ich gebe zu, «Arena» hat mich mehr als geärgert. Ich bin überzeugt, dass mit «Arena» viele gute und nützliche Gedanken eingebracht werden könnten. Dazu aber muss jede Sendung möglichst breit abgestützt sein, alle müssen reden können. Mein Rat an Sie: Gehen Sie auf die Strasse, gehen Sie zum Volke, hören Sie den einfachen Menschen zu, und dann liegt «Arena» richtig. Alles Gute. MfG.

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Ein Chalet für 25 Millionen – Verbier hat es

Käufer aus dem Ausland treiben die Preise von Immobilien in den Bergen in Rekordhöhen. Wird die Lex Koller abgeschafft, steigen die Preise ins Unermessliche.

«Um rund zwanzig Prozent erhöhen sich die Quadratmeterpreise im Zentrum von Zermatt jährlich», sagt Immobilienhändler Roland Albrecht zu CASH daily. Höchster Preis in diesem Jahr: 22 000 Franken. Ähnliches Bild auch in Gstaad, wo nach Auskunft einer Immobilienmaklerin für neue Wohnungen bis zu 40 000 Franken pro Quadratmeter bezahlt werden, viermal so viel wie vor 15 Jahren.

Ein Ende der Preisanstiegs ist nicht absehbar, im Gegenteil. Er wird zunehmen. Der Grund: Der Bundesrat will die Lex Koller, mit der der Kauf von Grundstücken durch Personen im Ausland beschränkt wird, aufheben. Ausländer sollen also künftig beim Kauf von Immobilien munter mitbieten können. Was das für die Preise von Zweitwohnungen für Folgen ha-

ben wird, zeigt Albrecht an einem Beispiel: «In Zermatt, wo Ausländer schon seit 20 Jahren kein Wohneigentum mehr erwerben dürfen, sind Chalets für vier Millionen Franken zu haben», sagt er. In Verbier hingegen, wo Ausländer kaufen dürfen, seien Chalets für 25 Millionen Franken keine Seltenheit mehr.

Ein zweiter Grund, warum Immobilien in den Nobelkurorten in Zukunft teurer werden, ist in der Kontingentierung beim Zweitwohnungsbau zu finden. Sie wird von fast allen Gemeinden vorangetrieben. In St. Moritz dürfen jährlich nur noch Zweitwohnungen auf total 3000 Quadratmetern gebaut werden. Über eine ähnliche Vorlage stimmen die Zermatter im Frühling ab. Bereits vor längerer Zeit hat die Bevölkerung im Oberengadin den Zweitwohnungsbau per Volksinitiative eingeschränkt. So dürfen jährlich nur noch 100 statt wie bisher 400 Ferienwohnungen gebaut werden.

DUC (aus Cash daily)

Kampf gegen Handys auf dem Schulhof in Bern...

Gehts nach den Schweizer Demokraten, sind bald in allen Stadtberner Schulen Handys tabu.

«Mobiltelefone stören den Unterricht», ist **Lydia Riesen, Stadträtin der Schweizer Demokraten**, überzeugt. «Schüler tauschen sogar Prüfungsergebnisse via SMS aus», erklärt sie. Damit soll nun Schluss sein. Bis jetzt gibt es in den Berner Schulen keine



einheitliche Regelung betreffend Handys im Unterricht. Mittels einer Motion fordert Lydia Riesen den Gemeinderat nun auf, die notwendigen Schritte einzuleiten, damit die Mobiltelefone in den Schulen verboten werden können. «Entweder dürfen die Schüler sie gar nicht mehr mitnehmen oder müssen sie zu Schulbeginn abgeben», sagt Riesen. Natürlich müsse zum Verbot auch zwingend eine Disziplinarordnung ausgearbeitet werden, die Verstösse sanktioniere.

shb



Gewalt-Video. Die Filme, die sich Jugendliche auch in der Schule anschauen, enden nicht selten mit dem Tod eines Menschen.

...und auch im Thurgau

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Stark

Die kantonale Parteileitung, die Geschäftsleitung und das Präsidium der SD Thurgau übergeben Ihnen und Ihrem Departement das folgende, dringende Begehren:

Der Kanton Thurgau verfügt so schnell wie möglich ein absolutes Handyverbot an den Schulen im Thurgau

Begründung: Eltern- und Lehrerschaft sind betroffen und oft hilflos über den Missbrauch von Handys auf den Schulhöfen, in Schulhäusern und in Klassenzimmern. Schritte sind absolut dringend! Die Ohnmacht wächst.

Rechtlich: Die Schweizer Demokraten schlagen vor, dass Schüler sehr wohl ein Handy mitnehmen

dürfen (z.B. um den Schulweg «sicherer» zu machen), aber auf dem Schulhausareal ist der Handy-Gebrauch verboten. (Ähnlich dem Verbot von Drogen u.a.) So kann die Verantwortung der Eltern sinnvoll ergänzt und unterstützt werden.

Praktisch: Schüler deponieren ihr Handy beim Betreten des Schulareals und fassen ihr Gerät wieder, wenn sie die Schule verlassen! (Ähnlich einem Hotelschlüssel.)

Anmerkung: Eine kantonale, für alle geltende Lösung ist geboten. Lehrer sollen auch rechtlich von der Polizisten- und Detektivrolle entlastet werden. Es gilt, nicht nur Pornografie, Gewalt und Störungen des Unterrichtes zu unterbinden, sondern auch Betrügereien bei Klausur- und Prüfungsarbeiten.

Ihre SD Thurgau

Cablecom-Schliessungen

Die praktisch Monopolfirma Cablecom macht sich mehr und mehr unbeliebt, weil sie immer mehr, teils sehr beliebte Fernsehsender auf ihrem analogen Kabelnetz abstellt, weil sie mehr auf das digitale Fernsehen setzt. Dabei soll dieses digitale Fernsehen, wenigstens zur Zeit, praktisch keine Anhänger haben, es besteht also absolut keine (so oft zitierte) «Notwendigkeit», geschweige denn, dass es «die Leute verlangen». So weit so schlecht. Aber als bekannt wurde, dass Ca-

blecom auch den italienischen Sender RAI Uno abstellen will, begann sich plötzlich Opposition zu bilden. Zuerst sammelten Italienerorganisationen Unterschriften und schliesslich intervenierte sogar der Bundesrat! Schon sonderbar: Monopolisten können in der Schweiz machen was sie wollen. Wenn aber unsere «lieben» Italiener davon tangiert sind, dann ist der Teufel los.

Dragan Najman, Baden


Multi-Kulti-Gesellschaft Schweiz

Nach den Fussballkrawallen in Catania (Italien) befragte die AZ in Baden Passanten auf der Strasse. Folgende fünf Antworten (mit Foto) wurden (in dieser Reihenfolge) publiziert: Andreas Winiger (Deutsch-Laufenburg); Danien van der Eijkel (Bad Säckingen,

Deutschland); Mehdi Khoshehchin (das ist kein Schreibfehler!), Baden; Domenik Sollenicki, Rütihof-Baden; und schliesslich hat die AZ offenbar doch noch einen Alibi-Schweizer gefunden, nämlich August Keller, Endingen (AG).

Dragan Najman, Baden

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen


 **Bezirke Baden / Brugg / Zuzzach:**
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen

Aargau West:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rössli, Eiken

 **Sektion Reinach und Umgebung:**
Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»


 **Kantonalpartei Basel:**
Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Rest. Rheinfelderhof


 **Stadt Bern:**
Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern

Sektion Köniz:
Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz

Sektion Berner Oberland:
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/Konolfingen:
Jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun

 **Innerschweiz:**
Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern

 **Sektion Wil und Umgebung:**
Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil

Sektion St. Gallen:
Jeden letzten Mittwoch des Monats ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1.

Nächstes Datum: 17.–18. März: «Überleben in Eis und Schnee».
28. März: «Die schönsten Sprengungen der Schweiz», Vortrag von Cornel Gähler

 **Sektion Bülach:**
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstrasse 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg

Sektion Dielsdorf:
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf-Watt

Sektion Hinwil:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelebahn)

Anlässe für 2007 melden an: sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch



Multikulturell = Multikriminell

DN. Neues aus Multikultopia:

Grausames Martyrium einer 16-Jährigen

«Bezirksgericht Baden. Ein junger Sudanese hatte sich mit brutalster Gewalt über zwei Frauen hergemacht.» So lauteten der Titel und der Untertitel eines Berichts in der AZ vom 31. Januar 2007.

Aus dem langen Artikel hier einige Ausschnitte. (Die Namen sind, wie in den Zeitungen üblich, geändert). Texte zwischen Anführungs- und Schlusszeichen sind wörtliche Zitate, teils etwas gekürzt, aus der Zeitung.

«In einer Samstagnacht Anfang April letzten Jahres hatte Julia vergessen, den Nachzuschlag zu lösen. Weil ein Kontrolleur kam, konnte sie erst in Baden statt Wettingen aussteigen. Damit war für die 16-Jährige ein Schicksal besiegelt, das wohl ihr ganzes künftiges Leben prägt. Auf dem Weg über die Hochbrücke (Richtung Wettingen, die Red.) wurde Julia von Farah, einem Asylbewerber aus dem Sudan, erblickt. Der 19-Jährige hatte getrunken, Lust auf Sex und beschloss, diese umgehend zu befriedigen. Er verfolgte Julia kurz, packte sie mit den Worten, er werde sie umbringen, hielt ihr ein Sackmesser an den Hals, zerrte sie hinter das Buswarthäuschen bei der Kantonsschule (Distanz Hochbrücke-Kanti 200 bis 300 m, die Red.), riss ihr die Kleider vom Leib und drang anal in sie ein. Als mehrere Minuten später ein Bus vorfuhr, hielt der Peiniger Julia den Mund zu, dreht sie dann auf den Rücken und vergewaltigte sie eine halbe Stunde lang. Anschliessend marschierte er, den Arm fest um Julias Schultern gelegt und das Sackmesser auf ihre Hüfte gerichtet, mit ihr Richtung Wettingen, wo er sie ein weiteres Mal unter massiven Drohungen zum Analverkehr zwang. Nach über einer Stunde war das schreckliche Martyrium für die 16-Jährige zu Ende.»

«Zwei weitere Opfer (Zwischentitel). Als Farah, der nach der abscheulichen Tat Richtung Asylunterkunft ging, dann vor 7 Uhr an diesem Sonntagmorgen einer Joggerin begegnete, beschloss er, auch diese zu vergewaltigen.» (Offenbar haben diesem Sexmonster die mehrfachen bereits begangenen Vergewaltigungen noch immer nicht genügt, die Red.). Die Joggerin bemerkte, dass man ihr folgte,

konnte beschleunigen und entging so einem ähnlichen Schicksal.

«Acht Tage später – Farah hatte wieder getrunken – (will die Berichtstatterin damit wohl die Untaten dieses «Gastes» verniedlichen?, die Red.) wollte er sich auf der Mellingerstrasse (eine der meist befahrenen Strassen in Baden) bei der 25-jährigen Yvonne holen, wonach ihm der Trieb stand. Auch Yvonne fiel er von hinten an, sagte zu ihr «I want to kill you» (ich will dich töten, die Red.), hielt ihr, als sie zu schreien anfing, den Mund zu und würgte sie. Glücklicherweise hatten vorbeifahrende Autofahrer die Szene beobachtet und interveniert. Farah versuchte ihnen zwar weiszumachen, Yvonne sei seine Freundin, zog es dann aber vor, die Flucht zu ergreifen.»

Tiefpunkte in der weiteren Berichterstattung:

– «Noch in derselben Nacht konnte Farah festgenommen werden. Unumwunden gab er alle Schandtaten zu.» (!!!)

– Asylantenbetreuer dieses Halunken schilderten Farah (wörtlich zitiert) als «Vorzeigecharakter» (evtl. für afrikanische Verhältnisse, die Red.), «schüchtern» und «zurückhaltend».

– Im psychologischen Gutachten wird er als «unauffällige Persönlichkeit, kontaktfähig, angepasst, anständig» geschildert. (Ja – Sie haben richtig gelesen «angepasst und anständig»; da er so gut angepasst ist, wird er wohl bald zur Einbürgerung vorgeschlagen, die Red.)

Das Gerichtsurteil lautete: Acht Jahre Freiheitsstrafe, Julia wurde eine Genugtuung von 35 000 Franken, Yvonne eine solche von 10 000 Franken zugesprochen; es bestehe eine erhebliche Rückfallgefahr (das Geld werden sich die Opfer mit Sicherheit abschminken können, sie werden es nie und nimmer erhalten, die Red.).

Und schliesslich das Maximum:

Laut Gerichtspräsident kann nach dem neuen Strafrecht keine Landesverweisung mehr ausgesprochen werden !!!!

Der Gerichtspräsident weiter (wörtlich aus der AZ): «Wir gehen aber davon aus, dass Farah nach Haftverbüßung umgehend durch das Migrationsamt aus unserem Land gewiesen wird.»

Schlussbemerkung der Redaktion: Ich gehe jede Wette ein, dass dieser Halunke trotz Rückfallgefahr vorzeitig aus der Haft entlassen wer-



den wird und dass die Landesverweisung nie stattfinden wird. Unsere berüchtigten sogenannten «Hilfswerke» werden sich schon dafür einsetzen, dass dieser «arme Flüchtling» nicht ausgewiesen wird. Ausflüchte werden sein: «Ausweisung nach so langer Zeit unzumutbar, (im Gefängnis) bestens integriert, Gefahr bei der Rückkehr in sein Heimatland, deshalb vorläufige Aufnahme bewilligt» usw., usf. Und die Asylrekurskommission wird solchen Argumenten nachgeben, falls sie bis dahin nicht endlich abgeschafft worden ist.

– **Thun:** An einem Samstagabend im Dezember war der 15-jährige Michael K. (Name geändert) mit zwei Freunden auf dem Heimweg. Sie nahmen den letzten Bus ins Lerchenfeld. Plötzlich hielt ein Auto und zwei Männer stiegen aus. Einer der beiden schlug Michael mit seiner Faust zweimal ins Gesicht. Der zweite warf den 15-Jährigen gegen eine Mauer. Darauf schlug er mit dem Kopf auf dem Boden auf und war für einige Sekunden weggetreten. Zum Glück halfen die beiden Freunde Michael auf die Beine. Bevor die beiden Halunken weiterfahren (eventuell sass noch ein Dritter am Steuer) beschimpften sie die drei noch als «Scheiss Schweizer»!! Die ca. 16-20-jährigen Täter sprachen Berndeutsch mit osteuropäischem Akzent (offenbar «gut integrierte» Ausländer, da sie ja Berndeutsch sprachen, womöglich sind sie auch eingebürgert, die Red.) Als Michael und seine Mutter den Vorfall bei der Polizei meldeten, fragten diese, ob Michael mit den Tätern zuvor aneinander geraten war (wohl um Michael eine eigene Schuld vorwerfen zu können, die Red.). Er hatte aber die Typen noch nie gesehen.

– **NZZ 17.1.2007:** Im Bezirk Horgen verübte eine vierköpfige Ein-

brecherbande insgesamt 25 Einbrüche und stahlen dabei Waren im Wert von 45 000 Franken (keine sehr grosse «Effizienz» für 25 Einbrüche, die Red.) und richtete einen Sachschaden von 31 000 Franken an. Die Täter: 1 Mann aus Serbien-Montenegro (20 Jahre alt), ein Italiener (20 J.), ein Mazedonier (19 J.) und ein 20-Jähriger aus Bosnien-Herzegowina. Neben den Einbrüchen konnten dem Quartett noch Erpressung und Drogenkonsum nachgewiesen werden.

– **AZ 2.8.2006:** Liestal. Ein Mann hat im Zentrum von Liestal eine Axt aus einer Tasche gezogen und damit wild um sich geschlagen, wobei er ein Ehepaar leicht bzw. erheblich verletzt. Der Täter wurde verhaftet und befindet sich in U-Haft. Im Artikel stand drei Mal «der Täter» und zwei Mal «der Mann». Da die Staatsangehörigkeit nicht genannt wurde, handelt es sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit um einen Ausländer, denn bei einem Schweizer wäre dies sicher bereits im Titel gross gestanden.

– **AZ 10.2.2007:** Nidau. Im Mai 2005 hatten drei damals 15- bis 16-Jährige im Schulhaus Weidteile in Nidau eine 17-Jährige mehrfach vergewaltigt. Die Täter waren: Ein Kosovare und zwei Schweizer (ob «echt» oder eingebürgert, war nicht zu lesen). Die jetzt ergangenen «Urteile» lauten: Ein Täter erhielt 75 Tage Freiheitsentzug bedingt (!), für den zweiten ordnete das Gericht eine ambulante Behandlung an, für den dritten eine jugendgerichtliche Aufsicht. Wirklich «grossartige Strafen». Der Schreibende nennt solche Urteile jeweils Aufmunterungsurteile.

– **AZ 16.2.2007:** Menziken (AG). Im Zug wird ein 15-jähriger Schweizer beraubt. Die Täter: Ein Serbe (15 Jahre), ein Dominikaner (15 Jahre), ein Mazedonier (19 Jahre) und ein Schweizer (19 Jahre) (wo gebürtig stand nicht).

Geschichte des Nahen Ostens

(Fortsetzung des Berichtes aus der SD-Nr. 2/2007)

Quellen:

1) *Universallektion der NSB «Neue Schweizer Bibliothek», Schweizer Verlagshaus AG, Zürich, Ausgabe 1973*

2) *Gudrun Krämer: Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, Verlag C.H. Beck, München, 3. Auflage 2002*

3) *Michael Krupp: Die Geschichte des Staates Israel. Von der Gründung bis heute. Gütersloher Verlag, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage 2004*

4) *Ab ca. 1954 «Erfahrungen» des Schreibenden aus Berichten von Schweizer Tageszeitungen, Radio und später Fernsehen.*

Chronologische Einleitung

- Vorgeschichte bis zum Beschluss der UNO-Vollversammlung vom 29. November 1947 betreffend die Teilung Palästinas
- Die Zeit vom 27. November 1947 bis zum Abzug der britischen Besatzungsmacht vom 15. Mai 1948
- Die vier «offiziellen» Kriege zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn:
 - 1. Krieg vom 15. Mai 1948 bis zu den Waffenstillstandsverträgen von Februar bis Juli 1949
 - 2. Krieg. Sinaifeldzug 1956
 - 3. Krieg. 6-Tage-Feldzug Juni 1967
 - 4. Krieg. Jom-Kippur-Krieg Oktober 1973
- Friedensbemühungen und Friedensverträge

Vorgeschichte bis zum UNO-Teilungsbeschluss

Nach dem 2. Weltkrieg und den Folgen des Holocaust war Grossbritannien bereit, sich aus Palästina zurückzuziehen, das es seit dem 1. Weltkrieg mit einem Mandat des Völkerbundes beherrscht hatte. Aber nicht «nur» das schlechte Gewissen der Europäer an den jahrhundertelangen Judenverfolgungen (mit dem Tiefpunkt Holocaust) war am Gesinnungswandel der Briten schuld. Sicher hatten die Briten langsam genug von den verschiedenen jüdischen und arabischen Untergrundorganisationen. Die Aktionen derselben (von einer Seite als Freiheitskampf, von der anderen als Terroraktionen bezeichnet) hatten die Briten sicher ebenso «gesprächs-bereit» gemacht. Hier sei einmal etwas klar gestellt 1946 hatte die jüdische Untergrundbewegung Irgun das Jerusalemer Super-Luxushotel «King David» in die Luft gesprengt, wobei

es sehr viele Tote und Verletzte gab. Dieses Attentat wird oft als Beweis für das skrupellose Vorgehen der verschiedenen Untergrundorganisationen angeführt. In Tat und Wahrheit war das König David-Hotel kein «gewöhnliches» Hotel, sondern das Hauptquartier der britischen Armee in Palästina. Und eine Stunde vor der Sprengung wurde das britische Hauptquartier von der bevorstehenden Sprengung orientiert. Die Briten nahmen diese Warnung aber nicht ernst, weil sie es für ausgeschlossen hielten, dass das bestbewachte Gebäude im ganzen Nahen Osten attackiert werden könnte. Schuld an den vielen Toten und Verletzten tragen also eindeutig die Engländer selber.

Die Vollversammlung der UNO beschloss am 29. November 1947 die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Teil. Der Resolution 181 stimmten 33 Staaten zu, 13 waren dagegen bei 10 Enthaltungen. Für die Teilung stimmten u.a. die USA, die Sowjetunion, die meisten Staaten Europas ausser England (!), dazu Südamerika und die Ostblockstaaten. Alle arabischen Staaten stimmten dagegen. Anfang Dezember 1947 gaben die Briten bekannt, dass sie am 15. Mai 1948 ihr Mandatsgebiet Palästina aufgeben und ihre Truppen bis zum 1. August 1948 abziehen würden.

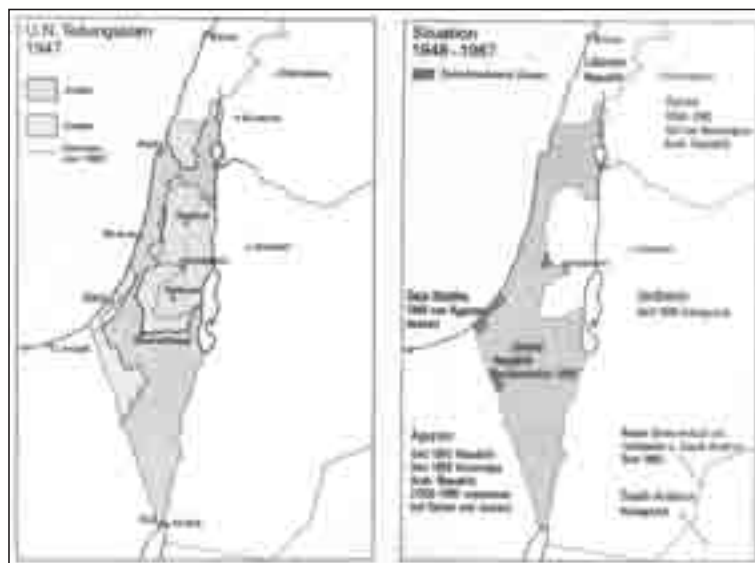
Die Zeit vom 29. November 1947 bis 15. Mai 1948

M. Krupp (Lit.-Verzeichnis Nr. 3) schreibt dazu unter anderem auf Seite 12 (wörtliches Zitat:

«Kurz nach dem Teilungsbeschluss der UNO kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen in Palästina, an denen auch irreguläre und reguläre Armee-Einheiten der arabischen Staaten beteiligt waren. Jerusalem, wo 100 000 Juden, ein Sechstel des jüdischen Siedlungswerkes im Palästina dieser Zeit, wohnten, wurde vom jüdischen Hauptgebiet in der Küstengegend abgeschnitten. Andere isolierte jüdische Siedlungen wurden von arabischen Kampfverbänden erobert, die jüdischen Bewohner umgebracht oder vertrieben.» (Zitatende)

Auf der Gegenseite gab es auch Vertreibungen von Arabern aus den für Israel vorgesehen Gebieten. Gewalt und Gegengewalt nahmen zu.

Weiter aus Lit. 3: Am 14. Mai 1948 (am Vorabend des Endes des briti-



Israel vor und nach dem 1. Krieg: (linkes Bild) Der Teilungsplan der UNO war ein «unmögliches» Gebilde. Israel bestand praktisch aus drei Teilen.

schen Mandats) rief David Ben Gurion den jüdischen Staat aus. In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai marschierten die Truppen aller arabischen Nachbarländer (Libanon, Syrien, Transjordanien, Ägypten sowie aus Saudi-Arabien und dem Irak) vorerst in die Gebiete Palästinas ein, die den Arabern zugeeilt wurden und nicht unter jüdischer Kontrolle waren. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Azzam Pascha, gab laut (3) am 15. Mai an einer Pressekonferenz in Kairo bekannt (wörtliches Zitat): «Es wird ein Ausrottungskrieg und ein gewaltiges Blutbad sein, von dem man einst sprechen wird wie von den Blutbädern der Mongolen und der Kreuzzüge.» (Zitatende).

Krieg vom 15. Mai 1948 bis 1949

Zu den bereits zitierten offiziellen Armee-Einheiten kamen im Lauf des Krieges sogenannte «Freiwilligenverbände» aus praktisch allen arabischen Ländern hinzu, selbst aus dem fernen Marokko. Da man Freiwillige ja nicht einfach so in einen Krieg schicken kann (es braucht auch die entsprechende Zahl Unteroffiziere und Offiziere und eine Organisation), werden diese wohl ähnlich freiwillig gewesen sein, wie die sogenannten «Freiwilligen», welche die Schweiz in alle Welt schickt, vor allem nach Bosnien-Herzegowina und in den Kosovo. Ich gebe zwar zu, dass da die Situation eine andere ist. Was würden die «armen» USA, die NATO und Russland wohl machen,

(rechtes Bild) Der «Erfolg» des arabischen Angriffs: Im wahrsten Sinne des Wortes ging der «Schuss hinten hinaus».

wenn ihnen nicht ein paar Schweizer Swisscoy-Soldaten helfen bzw. vor und zwischen den Füssen herumstolpern würden. (Der Name «Swisscoy» ist übrigens eine Erfindung unseres zum Glück heute alt-Bundesrat Adolf Ogi, wohl eine Kombination von Swiss und Cowboy. Ogi wusste wahrscheinlich nicht, dass Cowboy Kuhhirte bedeutet!). Die Chancen des jungen Staates waren alles andere als rosig. Die israelische Armee bestand lediglich aus den ehemaligen Untergrundorganisationen, die natürlich nur über leichte Waffen verfügten. Sie hatte weder Geschütze, Panzer oder Flugzeuge und ihre «Kriegsflotte» bestand aus einigen umgerüsteten zivilen Schiffen ohne Kanonen (3). Auf arabischer Seite war die ägyptische Armee wegen ihrer Grösse am gefährlichsten sowie Transjordanien wegen seiner berühmten «Arabischen Legion», eine von England ausgebildete und von englischen Offizieren geführte Elitetruppe. Zum Glück für Israel waren die Araber, wie meistens, unter sich nicht einig. Jeder der Anrainerstaaten war nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht und wollte sich einen möglichst grossen Kuchen vom ehemaligen Palästina abschneiden. Der Erfolg dieses ersten israelisch-arabischen Krieges ist bekannt (siehe die beiden Karten vor und nach dem Krieg). An der ägyptischen Front konterte die israelische Armee nicht nur die ersten Erfolge der Ägypter, sondern sie drang bereits tief in die Sinai-Halbinsel vor, bis England eingriff

und auf Grund eines Verteidigungsabkommens mit Ägypten mit einem direkten militärischen Eingreifen drohte. Auf englisch-amerikanischen Druck hin zog sich Israel in die Negev-Wüste zurück und schloss mit Ägypten als erstem arabischen Land im März 1949 einen Waffenstillstand. Darauf konnte die israelische Armee praktisch kampfflos durch die Negev-Wüste an deren Südspitze nach Elath gelangen, das damals nur aus einigen Lehmhütten bestand. Elath lag am Roten Meer und bildete somit den einzigen direkten Zugang Israels zu Afrika und Asien. Die Arabische Legion wurde ins benachbarte Akaba (Transjordanien) zurück getrieben. Im Norden verzeichneten auch Libanon und Syrien Anfangserfolge und drangen auf israelisches Gebiet vor. Ebenfalls im März schloss Israel den nächsten Waffenstillstand mit Libanon. Im April 1948 folgte der Waffenstillstand mit Transjordanien. Als letzter Anrainerstaat folgte der Waffenstillstand mit Syrien im Juli 1949. Nur der Irak weigerte sich, mit Israel einen Waffenstillstand abzuschliessen mit der Begründung, Israel und Irak hätten ja gar keine gemeinsame Grenze! De fac-

to befinden sich also Israel und Irak noch heute im Krieg miteinander. Laut M. Krupp (3) wurden diese Waffenstillstände unter verschiedenen Voraussetzungen abgeschlossen. Israel betrachtete den Waffenstillstand als Vorstufe für Friedensverträge, die arabischen Staaten lediglich als Verschnaufpause, um wieder aufrüsten zu können.

Flüchtlingsströme

Die Altstadt von Jerusalem (Ost-Jerusalem) konnte Israel trotz grösster Anstrengung nicht erobern. Jerusalem hätte laut dem UNO-Teilungsplan eine «Internationale Stadt» werden sollen mit offenem Zugang für Alle. Nach dem Krieg behielt Israel den Westteil, die Altstadt behielt Transjordanien. Dieses verweigerte den Juden nicht nur den Zugang zu deren heiligen Stätten, vor allem der «Klagemauer», dem verbliebenen Rest des Zweiten Tempels, der im Jahre 70 n. Chr. von den Römern zerstört worden war. Im Gegenteil, die Jordanier zerstörten sämtliche Synagogen in der Altstadt; zum Teil wurden darin öffentliche Bedürfnis-Anstalten erstellt. Dies geschah wohl kaum aus Platzmangel,

weil sonst kein Platz für WCs bestanden hätte. (Zum Glück handelt Israel nicht ebenso. Wenn Israel sich entschliessen sollte, den alten Tempel wieder aufzubauen, müssten sämtliche Moscheen auf dem Tempelberg, u.a. die Al Aksa-Moschee und der Felsendom, abgerissen werden, denn diese stehen auf den Grundmauern des alten Tempels.) In Gaza und dem von Transjordanien besetzt gehaltenen, den Arabern zugeteilten Teil Palästinas, entstand aber keineswegs ein eigener Staat; Gaza wurde Ägypten einverleibt und das Westjordanland behielt Transjordanien (damals protestierte niemand gegen die Vorenthaltung des den Arabern zugesagten eigenen Staat Palästina). Transjordanien nannte sich danach ab 1950 Jordanien, da es ja jetzt nicht nur «trans» sondern auch «eis» des Jordans lag. Dies stellte sich aber nicht nur zum Vorteil der Jordanier heraus. Plötzlich war deren ursprüngliche beduinische Bevölkerung nur noch eine Minderheit im eigenen Staat (ca. 1/3), ca. Zweidrittel bestand aus Palästinensern. Während dieses ersten israelisch-arabischen Krieges verliessen ca. 600 000 Menschen das heute zu Israel

gehörende Gebiet, teils wurden sie vertrieben, teils gingen sie freiwillig in die arabischen Nachbarstaaten. Zu Beginn des Krieges, ihres baldigen kompletten Sieges gewiss, hatten die arabischen Staaten nämlich die Araber in den jüdisch bewohnten Gebieten zum Verlassen ihrer Häuser aufgefordert, damit sie die Juden besser «ins Meer treiben könnten» ohne auf die eigene Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen. Wie viele Menschen freiwillig gingen und wie viele wirklich vertrieben wurden, wird sich nie genau feststellen lassen. Von 1949–1951 verliessen aber auch über 350 000 Juden die arabischen Länder, auch hier teils freiwillig, teils unter Zwang. Aus dem Irak z.B. durften die ca. 120 000 Juden nur ausreisen, wenn sie zuvor ihren gesamten mobilen und immobilien Besitz dem Staat vermachten (3).

Dragan Najman, Baden

Der dritte und letzte Teil erscheint in der April-Nummer des SD. Dieser wird die Zeit von 1950 bis heute enthalten, u.a. die Kriege von 1956, 1967 und 1973 sowie die abgeschlossenen Friedensverträge und die zukünftigen Friedensaussichten.

Kantonsratswahlen vom 15. April 2007

SD im ganzen Kanton Zürich mit dabei

csz. Seit 36 Jahren sind die Schweizer Demokraten (mit einem kurzen Unterbruch von 1979 bis 1983) im Zürcher Kantonsrat vertreten. Bei der diesjährigen Wahl sind wir aber zum ersten Mal in allen 18 Wahlkreisen mit Kandidatenlisten präsent. Insgesamt treten auf unseren Listen **112 Kandidatinnen und Kandidaten** zur Wahl an, darunter unser **bisheriger Kantonsrat Hans Jörg Fischer**, Landwirt von der Forch.

«Doppelter Pukelsheim»

Der Kantonsrat wird erstmals nach einem neuen Verfahren gewählt, welches vom deutschen Mathematikprofessor Friedrich Pukelsheim erfunden wurde. Der Kanton bleibt zwar in 18 Wahlkreise unterteilt, von denen jeder eine bestimmte Anzahl Sitze (zwischen 4 und 17) vergibt. Die Sitzverteilung erfolgt aber zunächst auf kantonaler Ebene, wobei jeder Partei exakt so viele von den insgesamt 180 Sitzen zufallen, wie es ihrem Gesamtstimmenanteil im Kanton entspricht. Erst in einem zweiten Schritt werden diese Sitze dann auf die einzelnen Wahlkreise verteilt. Bevor man

in den Genuss dieses für die kleinen Parteien vorteilhaften Verfahrens kommt, ist allerdings

eine Hürde zu überwinden!

An der Sitzverteilung teilnehmen kann eine Partei nämlich nur, wenn sie in mindestens einem Wahlkreis 5% der Stimmen erhält. Mit den Wahlergebnissen von 2003 wären wir Schweizer Demokraten also nicht dabei, denn damals kamen wir nirgends über bescheidene 2,8% hinaus. Doch inzwischen hat der Wind gedreht und **geht es wieder bergauf**. Bei den Gemeindevahlen im vergangenen Frühling waren unsere Ergebnisse überall wieder besser, und in den Zürcher Stadtkreisen 11 und 12, welche zusammen einen Kantonsratswahlkreis bilden, kamen wir mit 4,3% schon recht nahe an die 5%-Limite heran. Hier sind wir auch immer sehr aktiv, nicht nur vor den Wahlen. Mit einem entschlossenen Schlusspurt lässt sich in diesem Wahlkreis der Einzug in den Kantonsrat schaffen, und wenn es gelingt, erhalten wir drei bis fünf Mandate aus verschiedenen Wahlkreisen. Gute Chancen bestehen

diesbezüglich im Wahlkreis II (Zürich 3 und 9), in Hinwil, Uster und Bülach, vielleicht auch in der Stadt Winterthur.

Markus Alder in den Regierungsrat!

Überall auf der Welt ist es üblich, dass Ausländer sich anpassen müssen und die Einheimischen z.B. auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt den Vorrang haben. Nur bei uns in der Schweiz trichert man schon den Schulkindern ein, man dürfe sich nicht gegen die Masseneinwanderung wehren, denn das sei «Rassismus». Wenn es so weitergeht, wird es schon bald zwar noch ein Land namens «Schweiz», aber kein Schweizervolk mehr geben. **Schluss mit dem dummen Schlagwort «Rassismus»!** Für den Fortbestand seines Volkes – auch als biologische Einheit, nicht nur als Menge von Menschen mit gleichem Reisepass – einzustehen, ist nichts Böses, sondern eine Selbstverständlichkeit. Es ist höchste Zeit, die schweizerfeindliche Regierung auszuwechseln, welche u.a. den Ausländern das Stimmrecht geben will – bevor sie das

Volk ausgewechselt hat! Darum treten wir mit Markus Alder (36), Fahrlehrer aus Zürich-Witikon, auch zur Regierungsratswahl an.

Bei den Hühnern...

haben die Politiker begriffen, dass Übervölkerung aggressiv macht. Darum haben sie zum Schutz der Tiere die Batteriehaltung verboten. Bei uns Menschen wollen sie es nicht begreifen. Unter dem Diktat habgieriger Konzernmanager ist die **politische «Elite» dem Wachstumswahn verfallen**. Sie möchte am liebsten aus der ganzen Schweiz eine einzige, riesige Stadt machen. So wird weiterhin jede Sekunde ein Quadratmeter unersetzlicher Boden zubetoniert. Unsere Ernährungsgrundlage wird zerstört, Natur und Landschaft der Profitsucht geopfert. Das muss endlich aufhören, denn wir können nicht in der Migros eine neue Heimat kaufen, wenn wir die Schweiz kaputt gemacht haben.

Die Invasion rollt...

Trotz Wirtschaftswachstum nimmt

Fortsetzung Seite 12

SD im ganzen Kanton Zürich

Fortsetzung von Seite 11:

die Arbeitslosigkeit kaum ab. Statt unsere Arbeitslosen wieder ins Erwerbsleben zu integrieren, holen die Unternehmer billigere Arbeitskräfte aus dem Ausland. Von Süden her wird die Schweiz schon seit Jahrzehnten kolonisiert. Nun rollt zusätzlich eine Invasion aus dem «grossen Kanton». Was einst mit **Panzern und Kanonen nicht möglich war, geht jetzt ganz locker.** Still und friedlich werden wir «übernommen». Wir Schweizer Demokraten verlangen, dass die unseligen EU-Verträge gekündigt werden und die Schweizerinnen und Schweizer auf dem eigenen Arbeitsmarkt wieder den unbedingten Vorrang erhalten.

Zürich oder El-Zymbabwa?

Eine Flut von nicht assimilierbaren Zuwanderern aus exotischen Ländern ergiesst sich in die Schweiz. Zürich verliert seinen Charakter als schweizerisch ge-

prägte, weisse Stadt. **Mit Kopftüchern und dergleichen wird ganz offen demonstriert: «Wir passen uns nicht an!»** Die Regierungsparteien schwatzen dauernd von «Integration» und «Toleranz». Sie subventionieren Negerfestivals und -treffpunkte, richten muslimische Friedhöfe ein – und sparen an uns Schweizern, z.B. an der Schuljugend, der sie kurzerhand den Hauswirtschaftsunterricht gestrichen haben. Wir Schweizer müssen nicht hinnehmen, dass ein Heer von Einwanderern unsere Heimat besetzt. Die Regierung soll bitte endlich zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht alle Menschen aus Afrika, Asien, aus der Karibik etc. integrieren wollen, die sich in unser Land drängen. Wir haben nichts gegen sie, aber wir wollen nicht unseren Lebensraum mit ihnen teilen – sie sollen dorthin gehen, woher sie gekommen sind. Denn wir haben ein Menschenrecht auf unsere Heimat. **Leisten auch Sie Widerstand – mit Ihrer Stimme für die Schweizer Demokraten. Widerstand nützt!**

Die SD portieren folgende Spitzenkandidaten:

Stadt Zürich



Kreise 1 und 2
Charles Tissot,
1951, kfm. Ange-
stellter



Affoltern
Edwin Schnell-
mann



Kreise 3 und 9
Paul Wietlisbach,
1944, Kaufmann



Bülach
Christian Wyss



Dielsdorf
Peter H. Kuhn



Kreise 4 und 5
Rita Kost, 1959,
Familienfrau



Kreise 6 und 10
Kornelius Marti,
1980,
Büroangestellter



Hinwil
Roland Brändli



Hans
Schaufelberger



Kreise 7 und 8
Markus Alder, 1970,
Fahrlehrer



Kreise 11 und 12
Therese Spiess,
1951, Familienfrau,
Parteisekretärin



Meilen
Gottfried Tobler



Uster
Hans Jörg
Fischer (bisher)



Pfäffikon
Florian Meili



Judith Häberli



Winterthur
René
Schwengeler



Martin Stutz



Kanton St. Gallen



Schweizer Demokraten feiern ihr 40-Jahr-Jubiläum

In Rorschach versammelten sich die Schweizer Demokraten des Kantons St. Gallen zu ihrer 40. Hauptversammlung. Kantonalpräsident Roland Uhler durfte Paul Hell aus St. Gallen als eines der damaligen Gründungsmitglieder herzlich begrüßen.

Die Gründungsfeier fand im Jahre 1967 im damaligen Volkshaus in St. Gallen statt.

Kurt Koller, selber Kantonalpräsident der Schweizer Demokraten von 1972 bis 1991, berichtete über den geschichtlichen Ablauf aus eigener Erfahrung von der damaligen Nationalen Aktion für Volk und Heimat und der Nachfolgepartei, den Schweizer Demokraten. Gastreferent Nationalrat Bernhard Hess aus Bern konnte die zahlreichen Teilnehmer über seine bisherige achtjährige Arbeit im Parla-

ment informieren. Wichtig seien nun die Vorbereitungen zu treffen, um mit einem Referendum zu verhindern, dass das Gesetz über die «Lex Koller» (Ausverkauf der Heimat) abgeschafft wird.

Im Jubiläumsjahr konnte die SD-Kantonalsektion stolz mitteilen, dass sie als erste Partei Anfang Januar 2007 eine volle Zwölferliste für die Teilnahme an den Nationalratswahlen eingereicht hatten. Ebenfalls wurde beschlossen, bei den Kantonsratswahlen 2008 mindestens in den Bezirken St. Gallen und Wil teilzunehmen.

Zum 40-Jahr-Jubiläum wird die Kantonalsektion St. Gallen im Frühjahr 2007 auch die schweizerische Delegiertenversammlung der Schweizer Demokraten durchführen.

Leserbrief

Den Asylanten das WC putzen?

Es ist aktenkundig, immer mehr alteingesessene Schweizer werden verdrängt durch billige ausländische Arbeitskräfte. Nach der Unter- und Mittelschicht sieht sich mittlerweile auch das Kader immer mehr davon bedroht. Es kann jeden treffen. Der freie Personenverkehr als Katalysator ist dabei nichts anderes als die verdeckte Globalisierung von Arbeitsleistung. Schon die Allianz der Freisinnigen und Sozialdemokraten in dieser Frage sollte uns ernsthaft zu denken geben. Aber es kommt noch schlimmer, denn für die verdrängten Schweizer(innen) fühlt sich die Wirtschaft nicht zuständig. Wer in der grössten Stadt der Schweiz arbeitslos und ausgesteuert wird, der muss, um zu beweisen, dass er nicht arbeitsscheu ist, an einem sogenannten Beschäftigungsprogramm des Sozialdepartements teilnehmen, wo er unter

anderem von Asylanten benutzte Toiletten zu reinigen hat. Weigert er sich, kann ihm wegen «mangelnder Bemühungen» der Grundbedarf der Sozialhilfe weiter gekürzt werden.

So weit sind wir also, arbeitslose Schweizer müssen wohlgenährten und bestens versorgten Asylbewerbern in schicken Autos die Toiletten reinigen. Die Schuld tragen meines Erachtens jene pseudo-sozialen, krypto-liberalen Cüpli-Revolutionäre, die unserer Schweizer Kultur und unserem Volke in böswilliger Weise irreparable Schäden zufügen, was nicht ungestraft bleiben darf und mit aller Vehemenz bekämpft werden muss. Der Multikulti-Sauglattismus ist nur ein fadenscheiniges Deckmäntelchen für den in Wahrheit stattfindenden Genozid am Schweizer Volk.

Dieter Marfurt, Zürich



L'Union européenne, future entité communiste



Mary Meissner,
Vernier

Heureusement que nous avons en Suisse des citoyens dévoués à notre démocratie directe qui est un système préventif empêchant l'adoption de lois qui seraient contraire à l'intérêt général. Espérons que cette barrière sera assez solide pour résister aux pressions extérieures qui se font de plus en plus fortes et contaminent nos idéaux patriotiques aussi à l'intérieur. Car nous avons des individus assoiffés de pouvoir qui ne pensent qu'à leur statut politique qui ne durera que le temps d'une vie. Si d'un côté il y a les mères Térésa qui perdent leur temps devant les marées noires des déshérités, des mafieux et des nababs profiteurs, il y a de l'autre la masse des indifférents sourds, mais pas muets, qui s'amuse à jeter des galets dans une eau de plus en plus rare, qui ricochent et disparaissent ne laissant que des ronds dans l'eau s'effaçant à leur tour. Ces traîtres à la patrie et par conséquent à une Europe démocratique qui devrait se construire avec des Etats souverains gardant leurs spécificités, oublient l'effondrement de l'URSS, bâtie sur le mensonge, la dictature, l'esclavage et une bureaucratie immonde. Les délégués de Bruxelles s'engouffrent aveuglément dans le système étrangeur marxiste-communiste, basé sur des montages et qui servent à quoi? De documents dévorant 15 tonnes de papier par jour, soit plus de 5000 tonnes annuelles et cela pour des décrets, directives, actes juridiques et autres publications et communiqués. La Cour de Justice de l'UE, à elle seule, a utilisé 360 000 pages d'attendus, et l'UE boulimique demande une acceptation rapide de la Turquie immense, balbutiante en démocratie, ce qui promet d'autres tonnes de documents. Dès 1992, des documents secrets furent signés avec le Politburo et le Comité Central d'URSS disant clairement que toute idée de transfor-

mer le Marché Commun en Etat fédéral était acceptée par les partis de gauche européens et par Moscou comme un projet conjoint que Gorbatchev appelait en 1988 «notre maison commune européenne». L'idée était très simple. Elle apparut pour la première fois en 1985 lorsque les communistes italiens rendirent visite à Gorbatchev, suivis par les sociaux-démocrates allemands. Ils avaient tous peur que les chambardements que faisaient Mrs Thatcher de libéralisation économique, ne fassent ombre et ne portassent préjudice aux réalisations agencées par les générations de socialistes. Pour éviter cela, il fallait tenter d'introduire et de fonder une organisation assez puissante pour contrer le capitalisme sauvage et instaurer le système socialiste dans tous les pays. Il n'y avait qu'un pas à faire pour réunir les concepts socialo-communistes internationaux en une seule Union, donc une conspiration dont les documents seront encore secrets pendant trente ans. Entre temps, les gauchistes européens convainquirent l'Union soviétique de s'intégrer aux institutions financières du monde, comme le FMI et la Banque mondiale. Giscard d'Estaing était présent aux côtés de Nakasove, Kissinger et David Rockefeller. Et ceci se passait juste avant le traité de Maastricht qui fut signé en 1992. Et qui élaborera la Constitution européenne de l'Union? Giscard d'Estaing. La convergence discutée et espérée se fissura lors de l'écroulement de l'URSS, mais le ver rouge était dans le fruit. Le Parlement européen a été conçu comme le Soviet Suprême, la Commission européenne ressemble au Politburo. Ils ne rendent de compte à personne sans être directement élus par personne. Quant on voit le type de corruption de l'UE, c'est exactement la copie conforme du type soviétique qui va de haut en bas. Cette organisation aura d'ailleurs plus de pouvoir que la version soviétique, car elle n'a pas encore de KGB, mais cela viendra. Elle a déjà l'immunité diplomatique. Elle peut condamner 32 sortes de crimes dont deux sont particulièrement effrayants, le racisme et la xénophobie. Le politiquement cor-



L'UE: Nouvelle URSS?

rect couronnera l'introduction de la Pensée idéologique Unique, et l'interdiction de stopper le métissage et l'intégration des ressortissants du tiers monde. Nous assistons à un démantèlement rapide de la démocratie. A quand les goulags façon Guantanamo? Parallèlement le gaspillage de Bruxelles est éhonté et nous allons, avec cet accroissement des dépenses vers un effondrement économique. Chaque pays dépouillé de sa souveraineté devra augmenter les taxes pour soutenir l'économie des Roumains, des Tziganes, des Bulgares, des Kosorovars, des Polonais et bientôt des Turcs. Il y aura tant de tensions ethniques et de représailles unilatérales, que le chaos s'installera doublé de catastrophes naturelles.

Donc, plus vite l'UE disparaîtra, plus vite nous éviterons le chaos. Il faut aller très vite, car les eurocrates agissent très rapidement et il sera difficile de les vaincre, car ils sont bourrés d'anciens agents de la Stasi, de la Securitate et du KGB. Qui peut jurer que Angela Merkel venant de la RDA n'est pas inféodée à ce plan mondialiste puisqu'elle remet sur le tapis la Constitution de l'UE et veut se rapprocher des USA tout en faisant ami-ami avec les Russes? Son prédécesseur n'est-il pas le président de Gasprom? Le filet de l'Union se renforce et se resserre. Helvétès, attention! Tes deux nouvelles poupées politiques, Leuthard et Calmy-Rey ressemblent fort à la marionnette Ségolène qui pensent toutes changer le monde avec un sourire...

Le Pileri

Genève, entrées grandes ouvertes à la chienlit interlope

Encore une fois merci Schengen et nos édiles inconscients et menteurs. Avec ses 110 km de frontière avec la France, plus de 50 points de passages anciennement contrôlés par la police des frontières qui se sont réduits à six, et de 360 unités amputées de la moitié de leurs effectifs, 5900 personnes ont été interceptées sans titre de séjour valable, dont 3296 avec la volonté d'entrer par la force. Alors qu'ils n'étaient

ent que 61 en 2005, il y en a eu 114 en 2006. La plupart sont des malf-rats et des tziganes venus des environs de Lyon. Et ces statistiques ne concernent que les cas avérés, contrôlés par des barrages impromptus posés par des douaniers volants, alors combien croyez-vous qui passent en douce par une frontière passoire grâce aux nouvelles normes de libre circulation de bons et de mauvais éléments. De plus, en lisant les

Lapinisme et malthusianisme

Dans son programme *scènes de ménage*, Martina Chyba l'autre soir, a donné la parole aux femmes qui ne veulent pas d'enfants et de ce fait sont considérées comme des sortes de monstres égoïstes par les autres qui ne conçoivent pas la vie sur terre sans laisser derrière elles une descendance.

En lisant la lettre d'André Thomann ce matin dans la Tribune, j'ai revu l'émission susmentionnée au cours de laquelle ce sujet de brûlante actualité a été traité avec encore plus de virulence parce qu'il a mis en scène les cotés les plus aberrants et agressifs des enfants devenant de plus en plus maîtres de situations ubuesques,

faisant des pantins de parents déboussolés. Aux USA s'est créée une association «Child Free» ou «No Kiding» (Un jeu de mots qui veut dire «sans blague») comptant plusieurs millions d'hommes et de femmes refusant de procréer pour sauver la planète de la pollution de l'homme. Chaque enfant produit des tonnes de couches jetables, de jouets en plastique et autres choses polluantes, lorsqu'il deviendra grand il lui faudra sa voiture avec CO₂ réchauffant la planète, puis il aura à son tour des enfants et il n'y a aucune limite ni fin à ce cercle vicieux de surpopulation planétaire. Monsieur Thomann parle de lapinisme, et les Américains décrivent

la paternité et la maternité comme une charge de responsabilité affectant le psychisme de chacun.

Moi j'appelle cela de l'anti-malthusianisme, car il y a longtemps que les esprits éclairés et conscients des dangers d'une surpopulation détruisant la planète de mille façons, demandent un contrôle strict des naissances sur le plan mondial. Mais jusqu'à présent, les politiciens ou journalistes qui osaient attaquer ce sujet étaient traités de fascistes, d'extrémistes de droite, souvent de nazis, et les églises mettaient et mettent encore de pétrole sur le feu...

Beaucoup d'humanistes traitent ceux qui ne veulent pas d'enfants d'égoïstes anormaux, sans prendre en considération le véritable pourquoi de ce refus.

Qui donc aura maintenant la force persuasive sur le plan mondial, de prendre des mesures aussi drastiques envers les naissances normales ou assistées que celles de Kyoto pour sauver le climat? Notre planète déjà mal en point avec des supermégapoles qui poussent aux quatre coins de son globe et son sous sol vidé sous une atmosphère délétère, ne supportera pas 10 milliards d'habitants.

Osons dès maintenant parler de limitation de naissances, de contrôles, d'expédients chimiques ou de stérilisation sans avoir peur d'être traités par les inconscients qui disent après moi le déluge, de malthusiens ou de fascistes. La survie de nos enfants en dépend.

Maria de Seimners

Le Pileri...

Suite de page 13.

faits divers, on voit que 3 stations service ont été braquées à la frontière, que deux hôtels, un restaurant, et trois bijouteries ont été cambriolés et que les malfrats se sont échappés en voiture par delà la frontière non contrôlée. Ceci pour un jour... En France, seul Le Pen dans ses interviews télévisés a eu le courage de dire que l'immigration mafieuse clandestine devait être stoppée afin d'éviter la violence, les vols, les viols et le manque de logements. Qu'il fallait cesser d'entretenir une masse d'étrangers qui venaient surtout en France à cause des conditions sociales meilleures qu'ailleurs et des réactions molles de politiciens ne regardant que leur nombril. La Suisse qui sait dire NON aux revendications fiscales de la France, aurait aussi pu dire NON à l'Europe de Schengen. Maintenant il est trop tard et c'est à la population et aux contribuables de payer pour l'inefficacité de ses autorités.

Temples étrangers

Décidément, la polémique sur les temples étrangers se complique. La politique ne suffit plus à stresser les gens, on doit y rajouter les questions religieuses. Pourquoi les temples bouddhistes, sikhs ou orthodoxes sont-ils construits sans opposition, et les mosquées avec minarets créent-elles de tels rejets populaires?

Tout d'abord parce que le minaret ressemble fort à une fusée pointée vers le ciel qui appartient à tous, et présente en lui-même une menace de domination. D'autre part, il y a tellement de propagande et d'attentats islamistes liés à l'islam, que



la population qui fait facilement des amalgames en a peur.

N'oublions pas non plus que dans les pays pratiquant le bouddhisme ou autres religions pacifiques, les chrétiens européens sont les bienvenus et ils ne se heurtent à aucun interdit. Tandis que dans la plupart des pays musulmans, les femmes ne peuvent pas s'habiller à l'occidentale, conduire une voiture, se promener tête nue ou aller boire un thé dans un restaurant sans être accompagnées d'un mâle avec ou sans barbe, et la réciproque pour bâtir une église se heurte à un refus catégorique.

Il est donc humain et logique que les mosquées représentant un signe de dangerosité, ne soient pas les bienvenues sur notre territoire.

Tourisme ou occupation?

Tous les médias se mettent à parler tourisme et bienfaits d'être envahis par des Chinois et des Russes en

plux des Arabes du Golfe et tous les autres ressortissants de pays européens, ou africains. Les commentateurs politiques se gargarisent d'augmentation faramineuses de bénéfices engrangés par les dépenses somptuaires de ces touristes modernes. Or, qui dit touristes, dit augmentation sporadique ou générale de la population dans nos villages de montagne, dans nos campagnes et dans nos villes. Une augmentation du trafic, de la pollution et de la consommation d'eau et d'électricité. L'argent ne fait pas tout, surtout pas le bonheur de tous. L'environnement pour notre si petit territoire est dangereusement mis en péril sans parler de notre propre identité. La démocratie est un vain mot, l'arbre qui cache la forêt et dans ce cas précis le risque d'être vendus corps et biens avec nos immeubles, nos terres et nos montagnes à des étrangers fortunés dont nous deviendrons les esclaves.

Rappelez vous les Palestiniens qui vendirent leurs terres avec leurs maisons et leurs champs aux Israéliens... Une fois ceux-ci propriétaires, ils jetèrent les anciens paysans hors de leurs prés et forêts prétextant le droit qu'ils obtinrent à remplacer ces gens par leurs propres ressortissants venus de la diaspora. Où durent s'installer les Palestiniens démunis et SDF? Au sud Liban, dans des tentes noires de la Bekaa et autour de l'aéroport. Le Hezbollah descend de ces personnes qui ont pris racine dans le pays du cèdre.

Est-ce cela que nous voulons? Ne construisons pas d'énormes complexes et de superhôtels de luxe, sachons raison garder pour sauvegarder nos dernières libertés.

Octopus

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

L'arbre qui cache la forêt

C'est une excellente tactique pour dévier l'attention de citoyens agressés de plus en plus par des informations trop souvent déformées. L'exemple le plus frappant est ce qui se passe actuellement au niveau européen, Bruxelles en tête, soutenue pour ce cas précis, par la France, et un peu moins par l'Allemagne, **la fiscalité**.

Cette bataille qui s'engage contre les autorités helvétiques entraînant derrière elles toute la nation furieuse de se voir dicter sa politique fiscale par l'UE à laquelle elle refuse d'adhérer illustre parfaitement cet orage jusqu'à présent dans un verre d'eau, qui pourrait éclater sur les accords bilatéraux encore en discussion.

Tout cela n'est qu'un effet de manche politique afin de détourner l'attention de problèmes plus graves dont personne n'ose parler ouvertement en cette période d'élections. Les dettes abyssales que subit la France, la construction de centrales atomiques, la livraison de gaz venant de la Russie, la mauvaise gestion des transports pétroliers maritime, l'incapacité des gouvernements à juguler l'immigration clandestine, la violence qui se généralise et naturellement la quadrature du cercle des finances publiques. En toile de fond la guerre civile en Iraq et en Afghanistan, l'invasion musulmane et islamique, l'entrée de la Turquie anti-démocratique et coûteuse dans l'UE,

les attentats récurrents de l'ETA, les problèmes de logements et d'eau potable, le changement du climat et la pollution qui se répand jusque dans les poulaillers, la pêche qui souffre du manque de poissons, et par dessus le marché la mauvaise gestion financière.

Alors on demande à la Suisse 1,350 milliard de cohésion (que ce mot est distingué!) et le versement annuel de péréquation financière grattée sur les impôts à la source des milliers de frontaliers qui survivent chez eux grâce à nous. Ainsi le bon peuple qui se laisse facilement berné et aveuglé par des discours sans fin, est tellement occupé par ces questions de proxi-

mité touchant le porte-monnaie, que toutes les horreurs continuant à pourrir notre avenir à tous, passent au second plan. Le comble, c'est que le peuple suisse se prend au jeu au lieu de répliquer comme aux échecs par la capacité qu'il a de prouver qu'il n'est pas le seul à pratiquer des forfaits fiscaux avantageux, et qu'il accepte des milliers de frontaliers français et allemands dans ses industries et réseaux financiers, sur ses routes, dans ses tunnels et dans ses montagnes se couvrant de constructions. Ne jouons pas le jeu de qui perd gagne que l'Europe mal ficelée veut instituer partout!

Mary Meissner

Les non-dits du dollar

Il paraît que les Etats-Unis viennent d'interdire de sortir du pays plus de 100 \$ en pièces de 1 et 5 cents, de les fondre ou de les modifier. Les contrevenants risquent 10 000 \$ d'amende et/ou une peine de 5 ans de prison. Cette décision a été prise, car le prix du nickel, du zinc et du cuivre composant ces pièces excède leur valeur nominale. On peut vraiment comprendre cette politique restrictive au vu des énormes vols de ces métaux non ferreux dont on parle souvent dans la presse qui atteignent des tonnes volées n'importe où et dans n'importe quel état neuf ou usagé, aussi en Europe. En Suisse les pièces de 5 cts sont déjà hors circulation. La décrépitude de la monnaie américaine est en route en même temps que l'assèchement des mines de ces précieux métaux?

Le manque de savoir vivre et la vulgarité descendent dans la rue

On dirait que la presse et les médias audiovisuels suisses se gargarisent avec volupté des saloperies crachées par les rappeurs Stress et Gimma qui sont payés par des théâtres, TV ou des organisations populaires pour amuser un public hilare. En utilisant les mots les plus vils et dégoutants de la langue française et allemande, Gimma venant des Grisons mais d'origine lithuanienne, on salit notre petit pays propre en ordre pas du tout habitué à de telles incongruités! Et nos édiles ne trouvent rien à redire. Pas un seul conseiller natio-

nal ou fédéral n'a émis de critiques sur cette nouvelle coulée de boue qui se déverse spécialement contre un parti, l'UDC (qui compte le plus grand nombre de membres) et même Christoph Blocher le principal dindon de la farce qui se fait sodomiser par un sosie sur l'écran, ne proteste ou ne dépose plainte. La liberté d'expression est brandie comme un drapeau arc-en-ciel pour défendre l'art dans toute sa pauteur. La violence qui a augmenté de 185% surtout parmi les jeunes ravis d'être soutenus de la sorte en musique sacrilège et saccadée, n'ont plus aucune raison d'avoir peur des repréailles familiales ou policières.

Nous vivons dans une atmosphère polluée pas seulement par le CO₂ mais par les miasmes avachissants de ces soi-disants artistes, qui sont d'une mal-honnêteté sidérante.

Mary Meissner

Où va la Suisse?

Après la levée de boucliers contre la proposition de remplacer l'impôt fédéral direct par une TVA augmentée, voilà que Merz trouve une autre porte de sortie pour palier aux dettes de la Confédération ainsi que pour remplir la caisse fédérale qui devra faire face aux promesses de Calmy-Rey distribuant les milliards avec son indélébile sourire, cachant un dédain souverain envers les contribuables helvétiques. Croit-on vraiment qu'en harmonisant à 6% la TVA, les citoyens gagneront au change? Il suffit de faire un calcul facile. On achète une armoire une fois dans sa vie, un frigo ou une machine à laver, deux fois. Tandis qu'on man-



(Dessin de CHARD)

ge du pain, des légumes et du lait tous les jours. Donc ce qu'on gagnera sur des achats sporadiques sera compensé par des achats de nourriture journaliers. Suivant l'appétit des individus, ce ne sera pas six francs de taxes supplémentaires mensuelles, mais 60 francs. Monsieur Merz nous prend vraiment pour des idiots. D'ailleurs Couchepin ne vaut guère mieux, incapable qu'il est de stopper les augmentations des frais de santé. Quand à Leuthard, elle a pris du poil sur la bête très rapidement, se comportant comme la décideuse unique des échanges commerciaux et cerise sur le gâteau, essayant de minimiser les menaces européennes sur la façon qu'à notre pays souverain d'arranger ses impôts et les concessions faites aux gros contribuables gagnant leur argent en dehors de nos frontières.

On n'entend plus parler de Leuenberger qui met un bémol sur sa décision de contrer les soi-disants projets de Blocher qui lorgnerait sur les transports et le département de Justice manque de pugnacité, dégringolant au niveau bredouillant du département militaire de Schmid. Oui, ceux qui disent que le Conseil fédéral perd de plus en plus de son autorité par un manque de respect de la population tous partis confondus, n'ont peut-être pas tellement tort et il serait grand temps de trouver une équation plus conforme au drapeau à croix blanche qui dégringole de son mat.

Octopus

SD fordern Notbremse für EU-Zuwanderer



Die Schweizer Demokraten (SD) stellen mit Besorgnis fest, dass das bilaterale Abkommen mit der EU über den freien Personenverkehr sich mehr und mehr negativ auf die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung auswirkt. So ist insbesondere ein massiver Zuwachs bei den Angehörigen der 15 alten EU-Staaten zu beobachten. Den höchsten Zuwachs verzeichneten im vergangenen Jahr die Staatsangehörigen aus Deutschland (+ 15 000), gefolgt von denje-

nigen aus Portugal (+ 6208) und aus Frankreich (+ 2548). Dies entspricht dem Trend der letzten fünf Jahre.

Aufgrund der massiven Zuwanderung von Staatsangehörigen aus den 15 alten EU-Staaten soll die Schweiz unverzüglich Zuwanderungskontingente einführen, welche unserem Land dank der im Rahmen der Bilateralen Verträge mit der EU ausgehandelten Schutzklausel zugebilligt wurden. SD-Nationalrat Bernhard Hess wird deshalb in der kommenden Frühlingsession einen Vorstoss einreichen, der eine Notbremse mittels Einführung der Zuwanderungsschutzklausel beinhaltet. Er begründet diesen Vorstoss damit, dass im vergangenen Jahr erstmals die volle Personenfreizügigkeit mit den 15 alten EU-Staaten eingeführt worden ist.

Im Rahmen einer Schutzklausel kann die Schweiz aber wieder Kontingente einführen, wenn die Einwanderung das Mittel der letzten drei Jahre um mehr als zehn Prozent überschreitet. In diesem Fall kann die Schweiz die Einwanderung während der zwei folgenden Jahre auf das Mittel der letzten drei Jahre plus 5 Prozent beschränken. Diese Wiedereinführung von Begrenzungsmaßnahmen erfolgt temporär einseitig und ohne die Gefahr von Retorsionsmassnahmen. Betrachtet man den massiven Zuwachs der ständigen und nicht ständigen ausländischen Wohnbevölkerung sowie die Zuwanderung der Erwerbstätigen aus den 15 alten EU-Staaten auf den Arbeitsmarkt, ist eine Notbremse mittels Einführung der Zuwanderungsschutzklausel zwingend.

SD-Medienmitteilung vom 23. Februar 2007

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

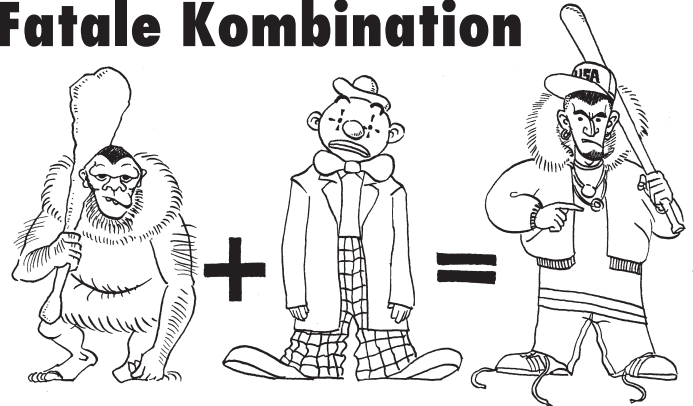
E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Fatale Kombination



Die Antwort der Jungen Schweizer Demokraten (JSD) auf «Stress» und «Gimma». Demnächst auch als Aufkleber erhältlich.

Kampffonds gegen den Ausverkauf der Heimat

Im vergangenen Jahr konnten wir erfreulicherweise beinahe 20 000 Franken Guthaben erzielen. Wir haben beschlossen, diesen stolzen Betrag zweckgebunden in einen «Kampffonds gegen den Ausverkauf der Heimat» zu legen. Ziel dieses Fonds ist die Finanzierung des SD-Referendums gegen die Aufhebung der Lex Koller. Bekanntlich will der Bundesrat die gesetzliche Grundlage zur Beschränkung des Grundstückverkaufs an Personen im Ausland völlig aufheben. Möglicherweise diesen Herbst oder Winter steht uns das Sammeln von Referendumsunterschriften bevor. Leider hat

sich die SVP im Vernehmlassungsverfahren für die ersatzlose Aufhebung der Lex Koller ausgesprochen und hilft somit willig mit, unseren wertvollen Heimatboden an reiche Ausländer zu verschachern. Wir stehen somit in unserem Kampf gegen den Ausverkauf des Heimatbodens ganz allein auf weiter Flur da. Für Ihre Gabe, ob Gross oder Klein, sind wir deshalb äusserst dankbar. Gerne versichern wir Ihnen, dass wir auch weiterhin mit ganzer Kraft gegen die Überfremdung, Einwanderung und Übervölkerung unseres Landes kämpfen werden.

Ihre SD-Parteileitung

SD +
Schweizer Demokraten

Kleber-Bestellung

Wir möchten gerne wie folgt Kleber «Damit Sie nicht nur noch schwarz sehen» beziehen:



- 3 Kleber gratis
- 50 Kleber (Fr. 10.–)
- 100 Kleber (Fr. 20.–)
- _____ Kleber

Liefer- und Rechnungsadresse:

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern

Skandal:

Post will SD-Flugblatt nicht verteilen!

SD/He. Mit Hilfe der Promopost wollte die SD-Sektion Volketswil ein Flugblatt gegen die geplanten Masseneinbürgerungen in der Gemeinde Volketswil an sämtliche 7500 Haushalte verteilen. Unerhörterweise hat es die Post abgelehnt, das einbürgerungskritische SD-Flugblatt zu verteilen.

Begründet wurde dieser zensuristische Entscheid damit, dass die erwähnte Sendung problematisch erachtet werde, insbesondere auch deshalb, weil erfahrungsgemäss mit zahlreichen Reklamationen von Empfängern an die Post zu rechnen sei. Kommentar überflüssig!